

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V. (IDA)

IDA-Infomail
Nummer 1, Februar 2016, 17. Jg.

■	Editorial	S. 1
■	Neues von IDA und IDA-NRW	S. 2
■	Neues aus unserer Vielfalt-Mediathek	S. 3
■	Aus den Mitgliedsverbänden	S. 5
■	Aktion, Information	S. 12
■	Seminare, Tagungen	S. 27
■	Impressum	S. 30

Editorial

Am Abend des 18. Februar sollten die ersten Asylsuchenden eine neue Unterkunft im sächsischen Clausnitz beziehen. Eine wütende Menge blockierte die Buseinfahrt, skandierte „Wir sind das Volk!“ und johlte, als ein Polizist einen Jungen im Schwitzkasten in die Unterkunft bugsierte. Zwei Tage später bejubelte eine Menge in Bautzen den Brand einer geplanten Asylunterkunft. Der öffentlichen Skandalisierung der Vorfälle folgte schnell die Frage, warum diese ausgerechnet in Sachsen passiert seien. Bei bundesweit 1 027 Übergriffen auf Asylunterkünfte 2015 sollte die Frage nicht auf Sachsen reduziert werden. Ein Faktor dürfte die Vorstellung davon sein, wer „wir“ sind und welche Rolle Geflüchtete im Umkehrschluss einnehmen. Gerade in den Bundesländern, in denen nur wenige People of Colour leben – aber nicht nur dort –, lassen sich einige Illusionen aufrechterhalten: „Wir“ seien schon immer eine homogene Gemeinschaft gewesen und diese angebliche Einheitlichkeit müsse gewahrt bleiben – eine Gemeinschaft, die sich durch eine einheitliche Sprache, eine einheitliche Lebensweise und Weißsein definiert. In diesem Sinne lässt sich auch der Slogan „Wir sind das Volk!“ deuten. Befördert durch eine bedrohliche Bildsprache, die sich des Vokabulars von Naturkatastrophen, Feldzügen oder bloßer Zahlenmassen bedient, werden Geflüchtete zur Bedrohung gemacht: „Sie“ gefährden „unsere“ Einheitlichkeit, „überfremden

uns“ und der Staat ist entweder machtlos oder wird als Agent der „Überfremdung“ betrachtet. Der Staat erscheint als natürliche Verkörperung und Schutzpatron der homogenen Gemeinschaft. Daraus resultiert erstens die Aggressivität, mit der z. B. die AfD den Schutz der Staatsgrenzen mit der Waffe in der Hand fordert. Zweitens mobilisiert es Mob und Einzeltäter_innen zu einer autoritären Revolte in Form von Brandanschlägen, Bedrohungen und Blockaden.

Diejenigen, die sich nun von „einige[n] Leute[n] mit plumpen Parolen“ distanzieren, während sie gleichzeitig gebetsmühlenartig die Reduzierung der Geflüchtetenanzahl und die „Sicherung“ der EU-Außengrenzen anmahnen, sollten bedenken: Genau dadurch befeuern sie das Bedrohungsgefühl von völkisch oder kulturalistisch denkenden Menschen und bestätigen sie in ihrem Glauben, ihr „Widerstand“ sei notwendig. Denn wo liegt der Unterschied dazwischen, den Einzug von Geflüchteten in eine Unterkunft zu verhindern, und die EU an ihren Grenzen gegen Geflüchtete abzuschotten? Für den rassistischen Mob gibt es keinen. Er versteht sich als rückverlagerter Verteidiger der aus seiner Sicht absoluten und eindeutigen Grenze zwischen „uns“ und „ihnen“, die er lieber an der EU-Außengrenze gezogen sähe.

Sebastian Seng

IDA informiert:**Neuer Referent: Sebastian Seng vertritt Karima Benbrahim während ihrer Elternzeit**

Seit dem 15. Februar 2016 vertritt Sebastian Seng als Referent bei IDA e. V. Karima Benbrahim während ihrer Elternzeit - zunächst mit einer halben Stelle und ab dem 1. April in Vollzeit. Sebastian Seng hat langjährige Erfahrung in der Jugendbildungs- und Gedenkstättenarbeit. Er führt zudem Argumentationstrainings gegen Rechts durch. Seine Themenschwerpunkte bilden Rassismus und Rechtsextremismusprävention.

Arbeitshilfe für einen bewussten Sprachgebrauch gegen Ausgrenzung und Diskriminierung

IDA und die Neuen deutschen Medienmacher geben ein Glossar mit Formulierungshilfen für einen diskriminierungssensiblen Sprachgebrauch in der Bildungsarbeit in der Migrationsgesellschaft heraus.

In der aktuellen gesellschaftlichen Debatte über Flucht und Asyl geht auch sprachlich einiges durcheinander. Immer noch ist hier und da abwertend von Asylanten die Rede. Asylsuchende werden als Asylbewerberinnen und Asylbewerber bezeichnet, obwohl man sich um ein Grundrecht eigentlich nicht bewerben muss. Auch in der Diskussion über das Zusammenleben im Einwanderungsland Deutschland werden die Begriffe oft unscharf verwendet: Es ist von Migrantinnen und Migranten die Rede, obwohl die meisten der Menschen hier geboren sind. Selbst der sprachlich neutrale Begriff „Menschen mit Migrationshintergrund“ wird zunehmend als stigmatisierend empfunden, da mit ihm häufig das Bild einer Problemgruppe assoziiert wird.

Die Neuen deutschen Medienmacher haben vor diesem Hintergrund in den letzten Jahren ein Glossar für die Berichterstattung im Einwanderungsland entwickelt, das auf große Resonanz nicht nur im Bereich der Medien getroffen ist. Das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung (IDA e. V.) hat dieses

Glossar nun gemeinsam mit den Neuen deutschen Medienmachern für den Einsatz in der Bildungsarbeit weiterentwickelt und in überarbeiteter Form für die Jugendarbeit, die Erwachsenenbildung, die Arbeit mit Migrantenorganisationen und mit Geflüchteten neu herausgegeben.



Auf eine inhaltliche Einführung zur Relevanz von diskriminierungssensiblen Sprachgebrauch und einer Hinführung unter der Überschrift „Wer sind 'wir', wer sind 'die Anderen'?“ folgen Kapitel zu den Themen Migration, Kriminalität, Musliminnen und Muslime, Jüdinnen und Juden sowie Flucht und Asyl, in denen jeweils im Stil kurzer Lexikonbeiträge die Begriffe sowie die Chancen oder Fallstricke ihrer Verwendung erläutert werden. Dabei werden empfohlene Begriffe besonders hervorgehoben.

Die Publikation kann bei IDA gegen eine Versandkostenpauschale von 3,00 Euro zuzüglich der Portokosten im [Bestellformular auf der Website](http://www.idaev.de/publikationen/bestellformular) (URL: <http://www.idaev.de/publikationen/bestellformular>) bestellt werden.

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V. (Hg.): Glossar der Neuen deutschen Medienmacher. Formulierungshilfen für einen diskriminierungssensiblen Sprachgebrauch in der Bildungsarbeit in der Migrationsgesellschaft, Düsseldorf 2015, 60 Seiten

IDA e. V. ist Mitträger der „Internationalen Wochen gegen Rassismus“

PM der „Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus“ vom 26. Februar 2016

IDA e. V. ist Kooperationspartner der „Internationalen Wochen gegen Rassismus 2016“ und leitet an dieser Stelle die Pressemitteilung der „Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus“ vom 26. Februar 2016 weiter: „Über 1.000 Veranstaltungen wurden der Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus in diesem Jahr bereits für den Veranstaltungskalender gemeldet. Das Motto „100 % Menschenwürde – gemeinsam gegen Rassismus“ trifft die gegenwärtige Situation und wird von zahlreichen Initiativen aufgegriffen: „Sie protestieren damit gegen die hohe Zahl von Anschlägen auf Flüchtlingswohnheime sowie Moscheen und kritisieren die Politik der Bundesregierung, die im Wochenrhythmus die Gesetze gegen Flüchtlinge verschärft und damit Rassisten ermutigt“ – so Jürgen Micksch, Vorstand der Stiftung und Vorsitzender des Interkulturellen Rates.

Europaweit finden in Deutschland die meisten Veranstaltungen zu dieser UN-Initiative statt. „Medien können in diesen Wochen das Engagement der vielen Tausend Ehrenamtlichen würdigen, die sich gegen Rassismus einsetzen“, so Jürgen Micksch.

Die bundesweite Auftaktveranstaltung findet am Donnerstag, 10. März 2016 um 16 Uhr in Halle (Saale) statt, wo in diesem Jahr 75 Veranstaltungen durchgeführt werden. Städte und Kommunen haben mit 70 % der Veranstaltungen beachtliche Programme auf die Beine gestellt. In Dresden gibt es erstmals mit 69 Meldungen deutlich mehr Veranstaltungen als in den Vorjahren. Mit 25 %

der derzeit gemeldeten Veranstaltungen steht Baden-Württemberg unter den Bundesländern an der Spitze.

Die bundesweite Eröffnung im Rahmen des Projektes „Muslime laden ein“ findet am Freitag, 11. März 2016 um 12.30 Uhr im Rahmen eines Freitagsgebetes in der DITIB-Moschee in Düsseldorf statt. Ansprachen in Hunderten von Moscheegemeinden bei den Freitagsgebeten werden die Themen der UN-Wochen gegen Rassismus aufgreifen. An zahlreichen Orten besuchen Oberbürgermeister und Oberbürgermeisterinnen zu diesem Anlass Moscheen und sprechen dort anlässlich des Freitagsgebetes.

Ein breites Bündnis mit Amnesty International, PRO ASYL, dem Interkulturellen Rat und der Stiftung gegen Rassismus ruft anlässlich des Internationalen Tages gegen Rassismus am 19. März 2016 zu einem Aktionstag „Hand in Hand gegen Rassismus – für Menschenrechte und Vielfalt“ auf, bei dem Aktionen der Solidarität gestartet werden sollen.“

Die Internationalen Wochen gegen Rassismus finden vom 10. bis 23. März 2016 statt.

Der Veranstaltungskalender findet sich unter www.internationale-wochen-gegen-rassismus.de/veranstaltungen/

Infos:

Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus

Goebelstraße 21

64293 Darmstadt

Tel: 0 61 51 / 33 99 71

SAVE THE DATE: Fachtagung zu rassistischen Mobilisierungen gegen Geflüchtete, der Rolle der extremen Rechten und Anforderungen an politische Bildungsarbeit

22./23. Juni 2016 im Stephansstift Hannover

IDA e. V. führt im Rahmen eines von der Bundeszentrale für politische Bildung geförderten Projektes eine zweitägige Fachtagung am 22./23. Juni 2016 in Hannover durch. Dabei wollen wir unter anderem über Positionen, Strategien und Aktionsformen der verschiedenen Spektren der extremen Rechten im Themenfeld „Flucht und Asyl“ aufklären, aber auch die gesellschaftspolitischen Bedingungen und Auswirkungen der zunehmenden rassistischen Gewalt auf Geflüchtete und deren Unterkünfte sowie die Anschlussfähigkeit der extremen Rechten an Diskurse der „Mitte der Gesellschaft“ diskutieren.

SAVE THE DATE: Jubiläumstagung der Vielfalt-Mediathek - Zehn Jahre Vielfalt-Mediathek***12./13. September 2016 in Fulda***

Anlässlich ihres zehnjährigen Bestehens veranstaltet die Vielfalt-Mediathek eine Jubiläumstagung. Näheres über Inhalt und Ablauf der Tagung wird in den nächsten Ausgaben der Infomail bekannt gegeben.

Neue Expertisen in der Vielfalt-Mediathek***AfD und PEGIDA: Knotenpunkte für eine rechte Neuformierung im Kontext der Flüchtlingsdebatte***

Für die Mobilisierung rechtspopulistischer Milieus und als Einfallstor für extrem rechtes Gedankengut in die gesellschaftliche Diskussion sind die Partei AfD und die PEGIDA-Bewegung wichtige Bezugspunkte. Alexander Häusler analysiert in seiner Expertise ihre ideologischen Versatzstücke, Gemeinsamkeiten und die Vernetzungsbemühungen der Protagonisten untereinander, besonders im Hinblick auf die Themen Flucht und Asyl. Die Expertise kann [hier](http://vielfalt-mediathek.de/data/afd_und_pegida.pdf) heruntergeladen werden. (URL: http://vielfalt-mediathek.de/data/afd_und_pegida.pdf)

Gesundheitliche Versorgung von Geflüchteten mit Traumafolgestörungen

Viele Geflüchtete haben Leid erfahren und sind traumatisiert. Was das genau für den/die Einzelne/n bedeutet, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um effektiv zu helfen und wie das institutionelle System der Bundesrepublik auf diese Herausforderung reagiert, wird in der Expertise von Lea Flory untersucht. Auch die Rolle von Ehrenamtlichen im Unterstützungsprozess wird näher beleuchtet. Die Expertise kann [hier](http://vielfalt-mediathek.de/data/artikel_ida_gefluchtete_traumafolgestörungen.pdf) heruntergeladen werden. (URL: http://vielfalt-mediathek.de/data/artikel_ida_gefluchtete_traumafolgestörungen.pdf)

Neues aus unserer Vielfalt-Mediathek:

Die Vielfalt-Mediathek versammelt Materialien, die im Rahmen der Bundesprogramme „Demokratie leben!“ und der entsprechenden Vorläuferprogramme entstanden sind.

Sie wird regelmäßig um neue Materialien erweitert. Alle Publikationen, darunter Bildungsmaterialien, Trainingsordner, Kurz- und Dokumentarfilme sowie Musik-CDs können über die Website www.vielfalt-mediathek.de recherchiert, direkt online bestellt und für vier Wochen ausgeliehen werden. Die Vielfalt-Mediathek ist ein gemeinsames Projekt von IDA und dem DGB Bildungswerk.



Miteinander e. V. (Hg.): miteinanderthema #2 Modellhafte Bildungsarbeit

Magdeburg, 2015, 23 S., Bericht, Dokumentation, Zeitschrift
Im zweiten Themenheft von Miteinander e. V. stehen verschiedene Ansätze in der Bildungsarbeit im Fokus. Das Heft stellt vergangene und laufende Projekte zu dem Themenschwerpunkt sowie den Zielgruppen vor und erläutert die Intentionen, Zielsetzungen, Herangehensweisen und Ergebnisse der jeweiligen Projekte.

[Link zum Titel in der Mediathek.](#)

URL: <http://www.vielfalt-mediathek.de/mediathek/5934/miteinanderthema-2-modellhafte-bildungsarbeit.html>



Amadeu Antonio Stiftung (Hg.): Kritik oder Antisemitismus? Eine pädagogische Handreichung zum Umgang mit israelbezogenem Antisemitismus

2014, 59 S., Sachinformation, Broschüre
Wann nimmt der Diskurs über Israel antisemitische Züge an? Was unterscheidet Kritik an Israel und israelbezogenen Antisemitismus? Ebenso wie ihre Vorgängerin klärt die überarbeitete Neuauflage der Broschüre diese Fragen. Die Neuauflage legt hierbei den Fokus verstärkt auf den Online-Bereich. Sie gibt pädagogischen Multiplikator_innen Tipps und Konzepte zum Umgang mit den Herausforderungen in dem Themenkomplex an die Hand.

[Link zum Titel in der Mediathek.](#)

URL: <http://www.vielfalt-mediathek.de/mediathek/5936/kritik-oder-antisemitismus-eine-p-dagogische-handreichung-zum-umgang-mit-israelb.html>



Miteinander e. V. (Hg.): Magdeburg im Januar. Die jährlichen Proteste gegen den „Trauermarsch“ der Neonazis

Magdeburg, 2016, 27 S., Sachinformation, Broschüre
Die Broschüre setzt sich mit dem von Neonazis jährlich in Magdeburg organisierten „Trauermarsch“ anlässlich des Bombardements auf die Stadt im 2. Weltkrieg und den Widerstand gegen den Marsch auseinander.

[Link zum Titel in der Mediathek.](#)

URL: <http://www.vielfalt-mediathek.de/mediathek/5942/magdeburg-im-januar-die-jaehrlichen-proteste-gegen-den-trauermarsch-der-neonazis.html>



Kompetenzstelle Eltern und Rechtsextremismus bei Miteinander - Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V. (Hg.): Handreichung Kompetenzstelle Eltern und Rechtsextremismus

Magdeburg, 2014, 24 S., Sachinformation, Broschüre

Die Broschüre stellt die neu eingerichtete „Kompetenzstelle Eltern und Rechtsextremismus“ in Sachsen Anhalt vor. Die Kompetenzstelle soll bestehende Einrichtungen der Erziehungs- und Jugendhilfe qualifizieren, Angehörige extrem rechter Jugendlicher beraten und Distanzierungsprozesse unterstützen. Darüber hinaus gibt die Broschüre Handlungsempfehlungen für den Arbeitsbereich.

[Link zum Titel in der Mediathek.](#)

URL: <http://www.vielfalt-mediathek.de/mediathek/5923/handreichtung-kompetenzstelle-eltern-und-rechtsextremismus.html>

Die Vielfalt-Mediathek wird gefördert im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Aus den Mitgliedsverbänden:**OFFEN FÜR VIELFALT | Eine Zwischenbilanz der interkulturellen Jugendverbandsarbeit**

Die ca. 110 Teilnehmer_innen des Fachtags „Offen für Vielfalt“ am 30. September 2015 in Berlin waren sich in ihrer Zwischenbilanz einig: „Der Weg war lang und er bleibt es bis zur umfassenden interkulturellen Öffnung der Jugendverbände. Denn mit vielen jungen Menschen, die auf Ihrer Flucht vor Krieg, Gewalt und Armut nach Deutschland kommen, entstehen neue Herausforderungen. Eben weil Jugendverbände aber schon einen langen Weg gegangen sind, können sie auf Erfahrungen bauen und die Aufgaben angehen.“ Die Dokumentation des Fachtags, zu dem der Deutsche Bundesjugendring (DBJR), das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und das Bundesministe-



rium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) eingeladen hatten, ist [hier](http://www.dbjr.de/nationale-jugendpolitik/interkulturelle-oeffnung/fachtag-offen-fuer-vielfalt.html) aufrufbar. (URL: <http://www.dbjr.de/nationale-jugendpolitik/interkulturelle-oeffnung/fachtag-offen-fuer-vielfalt.html>)

Infos:

Andrea Köhler
Mitarbeiterin im Referat für
Grundlagenarbeit
Deutscher Bundesjugendring
Mühlendamm 3
10178 Berlin
Tel.: 0 30 / 40 04 04-13
Fax: 0 30 / 40 04 04-22
andrea.koehler@dbjr.de
www.dbjr.de

Jugendverbände gründen Jugendmigrationsbeirat (JMB) Berlin: Für die soziale, politische und gesellschaftliche Gleichstellung junger Menschen

Im Februar 2016 hat sich in Berlin der Jugendmigrationsbeirat (JMB) Berlin gegründet. Der JMB Berlin ist ein Zusammenschluss von neun in Berlin aktiven Jugendverbänden, deren Mitglieder mehrheitlich junge Menschen mit (familiärer) Migrationsgeschichte sind. Der Beirat versteht sich als Interessenvertretung seiner Mitglieder und als Instrument direkter politischer Partizipation. „Unser Ziel ist es, Partizipationsmöglichkeiten für alle Jugendlichen in allen gesellschaftlichen Bereichen zu fördern“, heißt es in der Erklärung des Sprecher_innenrats. „Zudem fordern wir die Stärkung und Beteiligung von Migrant_innenjugendselbstorganisationen in politischen Entscheidungsprozessen auf Augenhöhe“, so der Sprecher_innenrat weiter.

Gründungsmitglieder des JMB Berlin sind folgende Verbände: **Amaro Foro e.V., Assyrische Jugend Berlin, Bund der Alevitischen Jugend Berlin (BDAJ), DIDF-Jugend Berlin, Jugendbund djo-Deutscher Regenbogen, LV Berlin e. V., Jugend- und Kulturgemeinschaft Berlin e. V. (JuK), KOMCIWAN - Kurdischer Kinder- und Jugendverein - Berlin e. V., Muslimische Jugend in Deutschland (MJD) und Young Voice TGD e. V.**

Der Gründung des JMB Berlin geht eine mehrjährige Zusammenarbeit der beteiligten Verbände voraus. Resultat dieser Zusammenarbeit ist ein festes Netzwerk der Verbände unter dem Dach des Landesjugendrings Berlin. Zur Verstärkung der Zusammenarbeit und zur Institutionalisierung des Netzwerks und Stärkung seiner Präsenz als jugendpolitisch relevanter Akteur haben die Beteiligten beschlossen, sich zum JMB Berlin zusammenzuschließen. Die Arbeit der Mitglieder gründet auf den Prinzipien einer freiwilligen, selbstorganisierten und selbstbestimmten Jugendarbeit innerhalb demokratischer Strukturen. Grundlage der Zusammenarbeit ist die gegenseitige Achtung der Mitglieder, unabhängig von deren politischen, ethnischen, religiösen oder weltanschaulichen Unterschieden. Der JMB Berlin bündelt und vertritt die Interessen von jungen Menschen mit und ohne (familiäre) Migrationsgeschichte. Gleichzeitig hat sich mit dem Beirat ein Expert_innenkreis für jugend- und integrationspolitische Themen gebildet, der Politik und Verwaltung sowie zivilgesellschaftliche Akteur_innen in ihrer Arbeit unterstützen möchte.

Die Arbeit des JMB Berlin wird begleitet und kommuniziert durch öffentlichkeitswirksame

Veranstaltungen. Mit unterschiedlichen Formaten werden verschiedene Zielgruppen angesprochen und so ein weites Wirkungsfeld erzeugt: Mit Diskussionsveranstaltungen zwischen Vertreter_innen aus Politik und Verwaltung und jungen Berliner_innen, egal ob organisiert oder nicht, werden Interessen direkt in politische Diskurse eingebracht und die partnerschaftliche Zusammenarbeit gestärkt. Auf einem jährlich stattfindenden Jugendkongress wird ein weites Spektrum an Interessen und Forderungen von jungen Menschen zu einer diversitätsbewussten Landespolitik erfasst und gebündelt.

Der JMB Berlin steht offen für alle Berliner Jugendverbände und Initiativen, deren Mitglieder mehrheitlich junge Menschen mit (familiärer) Migrationsgeschichte sind und die sich für deren Interessen einsetzen.

„Wir setzen uns ein für eine diversitätsbewusste Gesellschaft, die Gleichberechtigung, Freiheit und die Gewährleistung demokratischer Grund-

rechte für alle Bevölkerungsmitglieder bietet“, formuliert der Sprecher_innenrat ein zentrales Anliegen des Beirats. „Der JMB Berlin tritt aktiv und geschlossen jeder Form von individueller und struktureller Diskriminierung entgegen.“

Der Jugendmigrationsbeirat kooperiert eng mit dem Landesjugendring Berlin. Er wird von der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen sowie der Stiftung Demokratische Jugend gefördert.

Infos:

Landesjugendring Berlin e. V.

Jaqueline Kauka

Projektreferentin „Jugendmigrationsbeirat Berlin“

Obentrautstr. 57

10963 Berlin

Tel: 0 30 / 81 88 61 02

Fax: 0 30 / 2 11 66 87

jmbb@ljrberlin.de

www.ljrberlin.de

Vom Flüchtling zum Nachbar - Flüchtlingskonferenz des DGB Bonn / Rhein-Sieg

Unter dem Motto „Refugees - welcome. Flüchtlinge brauchen unsere Solidarität!“ fand am 16. Januar im Bonner DGB-Haus die Flüchtlingskonferenz des DGB Bonn/Rhein-Sieg statt. Rund 60 interessierte Kolleg_innen folgten der Einladung, um mit Experten aus Wissenschaft, Lokalpolitik und den Gewerkschaften die globalen Ursachen der Flüchtlingsmigration, sowie die kommunalen Herausforderungen der Integration zu diskutieren.



DGB NORDRHEIN WESTFALEN

REGION KÖLN-BONN

In seiner Begrüßung betonte Bernd Weede, Sprecher des DGB Bonn/Rhein-Sieg, die Bedeutung einer guten Arbeitsmarktpolitik: „Integration kann nur gelingen, wenn wir die Menschen in Arbeit bringen.“ Dabei müssten Angebote für alle gesellschaftlichen Gruppen geschaffen werden, ein Lohndumping für Flüchtlinge dürfe es nicht geben. Vor dem Hintergrund der Vorkommnisse in der Kölner Silvesternacht unterstrich Weede, dass sexuelle Übergriffe zu bestrafen seien - unabhängig von der Herkunft der Person. „Vor dem Gesetz sind alle gleich - es darf jetzt keinen Generalverdacht gegen Flüchtlinge geben.“ Die Mitglieder rief er daher zu verstärktem

Engagement gegen Rassismus auf: „Wir werden nicht aufhören, uns den Rassisten entgegenzustellen!“ Ein sichtbares Zeichen hierfür war sicherlich auch die Präsenz des Anti-Rassismus-Vereins der Gewerkschaften „Mach meinen Kumpel nicht an!“, der mit einem Infostand auf der Konferenz vertreten war.

Im Anschluss erläuterte Dr. Julia Leininger vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik in ihrem Vor-

trag die komplexen globalen Zusammenhänge, die Krisen und Konflikte, die zu verstärkten Fluchtbewegungen führten, und skizzierte Lösungsansätze der deutschen Entwicklungspolitik. Nach der wissenschaftlichen Perspektive legte Daniel Weber vom DGB Bildungswerk Bund die Position der Gewerkschaften zur Flüchtlingsthematik dar. Bessere Teilhabechancen und ein hürdenfreier Zugang zu Bildung und Ausbildung seien gewerkschaftliche Kernanliegen: „Unsere Kompetenz liegt genau da - die Schwächeren in der Gesellschaft und Schutzsuchende vor Ausbeutung zu schützen.“

Einen Einblick in die komplexen arbeitsrechtlichen Regelungen für den Zugang von Flüchtlingen zum Arbeitsmarkt sowie in die konkrete Arbeitsmarktsituation in Bonn, gab der Geschäftsführer der Agentur für Arbeit in Bonn, Manfred Kusserow. Welche organisatorischen Herausforderungen die kommunalen Akteure vor Ort zu bewältigen haben, wurde in der anschließenden Podiumsdiskussion deutlich. Diskutant_innen waren die Integrationsbeauftragte der Stadt Bonn, Coletta Manemann, der Sozialdezernent des Rhein-Sieg-Kreises, Hermann Alroggen, sowie Georg Fenninger vom Deutschen Roten Kreuz in Bonn. Die Moderation übernahm Rainer Bohnet, EVG-Vorsitzender in Bonn. So hätten sich, sagt Alroggen, logistische Schwierigkeiten bei der Unterbringung von mittlerweile rund 10 000 Flüchtlingen in Bonn und Rhein-Sieg vor allem aufgrund der Kurzfristigkeit ergeben, weshalb mehr Planbarkeit von

der Landespolitik gefordert wurde. Ohne das Ehrenamt, da waren sich alle einig, hätte es nicht funktioniert. Fenninger betonte dabei auch die positiven Effekte für die Beschäftigung im Zuge der Flüchtlingsbetreuung. Langfristig, so die Integrationsbeauftragte Manemann, wünsche sie sich, dass „aus dem Flüchtling der Nachbar werde“. Insgesamt ging ein hoffnungsvolles Signal von der DGB-Konferenz aus – gemeinsam kann Integration gestaltet werden, gemeinsam schaffen wir das. Infos:

DGB-Region Köln-Bonn
Hans-Böckler-Platz 1
50672 Köln
Tel: 02 21 / 50 00 32-0
Fax: 02 21 / 50 00 32-20
Koeln@DGB.de
www.koeln-bonn.dgb.de

Neues Projekt „Tacheles! Klare Kante gegen Extremismus“

Der Bund der alevitischen Jugendlichen in Deutschland (BDAJ) e. V. startet am 1. März 2016 gemeinsam mit der Katholischen Landjugendbewegung (KLJB) das neue Bundesprojekt „Tacheles! Klare Kante gegen Extremismus“. Das Kooperationsprojekt soll junge Menschen für den Themenbereich Antisemitismus sensibilisieren und dazu befähigen, eine eigene reflektierende Haltung zu entwickeln. Das Hauptziel ist es, Kleinprojekte in den Untergliederungen beider Jugendverbände zu ermöglichen, in denen die Möglichkeiten zu einer inhaltlichen Annäherung, zum gemeinsamen Lernen und Begegnungen geschaffen werden. Dabei sollen die Jugendgruppen



viel Raum für die eigene individuelle Umsetzung erhalten. Durch jugendgerechte Bildungsarbeit, Demokratietrainings und Multiplikator_innen-schulungen sollen sich Jugendliche kritisch mit dieser Thematik auseinandersetzen.

Infos:
Bund der alevitischen Jugendlichen (BDAJ) e. V.
Geschwister-Scholl-Str. 33-37
44135 Dortmund
Tel: 02 31 / 77 66 08-04
Fax: 02 31 / 77 66 08-03
info@BD AJ.de
<http://bdaj.de>

Fortbildung „Willkommen in Brandenburg! Jugend(verbands)arbeit MIT jungen Geflüchteten“

Landesjugendring Brandenburg e. V. bietet in Potsdam ab März 2016 Fortbildungsreihe in vier Modulen für ehren- und hauptamtliche Mitarbeiter_innen der Jugend(verbands)arbeit an

Kinder und Jugendliche mit einem Fluchthintergrund, die (mit oder ohne ihre Eltern) eine neue Heimat in Brandenburg finden, sind in erster Linie eines: Kinder und Jugendliche! Und wie alle Kinder und Jugendlichen haben sie das Recht gleichberechtigt an Freizeit- und Bildungsangeboten

teilzunehmen. Gruppenstunden, Ferienfreizeiten, Bildungsseminare, Sportangebote, offene Jugendarbeit... das alles ist für die Jugend(verbands)arbeit nicht neu. Das kennen wir! Das können wir! Und auch die Einbeziehung von „neuen Zielgruppen“ ist nichts,

was wir in den letzten 25 Jahren nicht schon geleistet haben.

Was also ist das besondere an Kindern und Jugendlichen ohne gesicherten Aufenthaltstitel? Welche Unterschiede und Gemeinsamkeiten werden in der praktischen Jugend(verbands)arbeit mit jungen Geflüchteten sichtbar?

Worauf muss ich achten? Was muss ich bedenken?

Diese Fortbildungsreihe bietet ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiter_innen in Initiativen, Jugendvereinen und Jugendverbänden wichtige Informationen und Ideen und schafft Raum zum Erfahrungsaustausch und zur Vernetzung.

Die Fortbildungen finden jeweils eintägig von 10:00 - 17:00 Uhr in Potsdam statt. Der genaue Veranstaltungsort wird nach Eingang der Anmeldung bekannt gegeben. Teilnahmekosten je



Modul: 20,00 Euro pro Person (10,00 Euro für Mitgliedsorganisationen des LJR Brandenburg) inkl.

Seminarunterlagen und Getränke/ Pausenverpflegung.

Die Module können einzeln gewählt oder insgesamt belegt werden.

Weitere Informationen finden sich [im Flyer](#). Die Anmeldung ist online [hier](#) (URL: <http://www.alt.ljr-brandenburg.de/anmelden/registration.php%3Fverid%3D20160320>) oder postalisch mit dem Anmeldeformular im Flyer möglich.

Infos:
Landesjugendring Brandenburg e.V.
Breite Straße 7a
14467 Potsdam
Fax: 03 31 / 6 20 75 38
info@ljr-brandenburg.de
www.ljr-brandenburg.de

„Rechtsradikal motivierter Angriff auf Mitarbeiter der Sozialistischen Jugend - Die Falken am 9.2.16“

Pressemitteilung der Sozialistische Jugend - Die Falken Braunschweig

Am Dienstag, den 9.2.2016 um 16.45 Uhr, wurde ein Mitarbeiter der Sozialistischen Jugend - Die Falken auf dem Gehweg vor dem Kinder- und Jugendzentrum „SUB“ im Bohlweg 55 von zwei Personen angegriffen. Er wurde zu Boden geschlagen und am Boden liegend weiter geschlagen und getreten. Die beiden bisher unbekanntes Täter hatten zuvor Aufkleber mit eindeutigen rechten Parolen an die Türen des Jugendzentrums geklebt. Sie wurden dabei von dem Mitarbeiter beobachtet. Als er das Jugendzentrum kurz darauf verließ, um die Aufkleber zu entfernen, griffen ihn die Männer an. Die beiden versuchten ihm das Handy zu entreißen, das dabei stark beschädigt wurde. Nur durch das Eingreifen seiner Kolleg_innen und von Passant_innen konnten die beiden Täter davon abgebracht werden, weiter auf ihn einzuschlagen. Es wurde Anzeige wegen gefährlicher Körperverletzung, Sachbeschädigung und Raub gestellt.

Die Tat reiht sich ein in eine zunehmend aggressivere Folge von Angriffen auf unsere Einrichtungen. Bereits am Montag Abend gegen 21 Uhr



randalierte eine Gruppe von sechs Personen aus dem Umfeld der Nazi-Szene Braunschweigs vor der Eingangstür des Kinder- und Jugendzentrums SUB und versuchte, sich gewaltsam Zutritt zu verschaffen. Die Personen hatten vorher an der Bragida-Demonstration am Platz der deutschen Einheit teilgenommen. Die herbeigerufene Polizei nahm die Personalien von einigen der Randalierer auf. In den letzten Wochen waren immer wieder Aufkleber mit rassistischem und neonazistischem Inhalt an den Türen des SUB gefunden worden. Nicht nur in Braunschweig werden Einrichtungen der Falken von Nazis angegriffen, am 3. Februar wurde das Haus des Bundesverbandes der Falken in Berlin mit Hakenkreuzen beschmiert.

In den letzten Jahren waren die Falken in Braunschweig immer wieder Ziel rechter Angriffe, 2010 griffen Nazis eine Veranstaltung im damaligen Falkenzentrum in der Kuhstraße an, 2006 gab es einen versuchten Brandanschlag der „Braunen Armee Fraktion“ auf den Bulli der Falken. Die SJ - Die Falken sind ein anerkannter Träger der Kinder- und Jugendarbeit und positionieren

sich in ihrer pädagogischen und politischen Arbeit gegen rechte Strukturen und rechtes Gedankengut. Das „SUB“ ist ein Ort der Begegnung und des kulturellen wie politischen Austausches für Kinder und Jugendliche. Kinderbasteltage finden hier ebenso statt wie Elternabende für Zeltlager, Bildungsveranstaltungen für Jugendliche oder Treffen des Braunschweiger Bündnisses gegen Rechts. Außerdem befinden sich hier die Büroräume des Kreis- und des Bezirksverbandes der Sozialistischen Jugend - Die Falken.

Von dem Vorfall schockiert zeigte sich auch die Vorstandsvorsitzende des Bezirksverbandes der „Sozialistischen Jugend - Die Falken“: „Die gezielte Attacke gegen unseren Mitarbeiter stellt einen weiteren Beleg für die zunehmende Radikalisierung der extremen Rechten in Braunschweig dar“, so Viviana Pommeranz. Sie sieht dabei einen gesamtgesellschaftlichen Hintergrund. „Die Aktivitäten der örtlichen Naziszene haben mit der Organisation der Bragida-Demonstrationen deutlich zugenommen. Die gesellschaftliche Stim-

mung gegen Geflüchtete scheint für die Nazis in Braunschweig Legitimationsgrundlage für ihr immer aggressiveres und brutaleres Vorgehen zu sein. Wir verurteilen den Angriff auf unseren Mitarbeiter, lassen uns davon aber keinesfalls einschüchtern. Wir werden uns auch weiterhin gegen rechte Strukturen und rechtes Gedankengut engagieren.“

Infos:

SJD - Die Falken
 Bundesvorstand
 Svenja Matusall
 Bundessekretärin
 Kinderpolitik | Öffentlichkeitsarbeit
 Luise & Karl Kautsky - Haus
 Saarstraße 14
 12161 Berlin
 Tel: 0 30 / 261 030-14
 Fax: 0 30 / 261 030-50
svenja.matusall@sjd-die-falken.de
www.wir-falken.de
www.facebook.com/wirfalken

DGB-Jugend setzt Flüchtlingspolitik auf ihre Agenda 2016

Neben den klassischen Themen erachtet die DGB-Jugend die Situation junger Geflüchteter als eines der großen Themen für Ihren Verband. Aufgaben seien die Erstellung/Übersetzung von Info-Materialien in Fremdsprachen wie z. B. Arabisch übersetzt, die Sensibilisierung für das Thema in den Betrieben angesichts der anstehenden Wahl der Jugend- und Auszubildendenvertretung und die

entsprechende Qualifizierung der Multiplikator_innen in den Betrieben. Geplant seien Schulungen, Vernetzungstreffs und Workshops. Darüber hinaus will die DGB-Jugend im gesellschaftlichen Diskurs sichtbar bleiben. „Denn die Stimmung im Land ist besorgniserregend angesichts eines möglichen Rechtsrucks.“ Schließlich stehen mehrere Landtagswahlen an.

Das Kindeswohl hat Vorrang - in Deutschland aufgewachsene Jugendliche vor Abschiebung schützen!

Pressemitteilung der Deutschen Jugend in Europa (djo) vom 26. Januar 2016

Nach den Verschärfungen des Asylrechts in den letzten Jahren und der Erklärung mehrerer westlicher Balkanländer zu „sicheren Herkunftsstaaten“, müssen Familien aus diesen Ländern Abschiebungen befürchten. Davon betroffen sind auch Kinder und Jugendliche, die in Deutschland geboren und/oder aufgewachsen sind. Besonders Minderheiten wie Roma und Sinti drohen Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit sowie rassistische Anfeindungen und Diskriminierung. Auch für Jugendverbände Realität: Sozial enga-

gierte und integrierte Jugendliche werden aus ihrem Umfeld gerissen und in ihnen fremde Länder abgeschoben.

Die in Deutschland geborenen und aufgewachsenen Brüder Gzim (15) und Ramis (12) mussten mit ihrer Familie kurz vor Weihnachten in den Kosovo ausreisen und leben nun bei Temperaturen um 0 Grad in einer Wohnung ohne Betten und ohne finanzielle Mittel für die nötigsten Dinge des Alltags. Die beiden Brüder engagierten sich unter

anderem im Projekt „Dikhen amen! Seht uns!“ der djo-Mitgliedsorganisation Amaro Drom e.V. Dort strebten sie die Ausbildung zu Multiplikator_innen der Jugendarbeit an, um später Workshops zur Stärkung junger Roma und Sinti sowie zur Sensibilisierung der Mehrheitsgesellschaft durchführen zu können.

Im letzten Jahr bangten drei Mitglieder der Breaking-Gruppe Break Chance, Preisträger des Integrationspreises Sachsen-Anhalt in der Kategorie „Willkommenskultur“, um eine Abschiebung nach Serbien. Die Brüder Yosif (7 Jahre), Emanuel (8 Jahre) und Nesa (11 Jahre) dürfen mit ihren Eltern und Geschwistern zunächst ein weiteres Jahr in Deutschland bleiben. In einigen Monaten fürchten sie aber erneut eine Abschiebung in ein für sie fremdes Land.

Beide Familien gehören der Minderheit der Roma an, deren Lebenssituation durch einen historisch gewachsenen Rassismus in vielen ihrer Herkunftsländer besonders fatal ist.



„Mit Gzim und Ramis fehlen uns nun zwei engagierte Jugendliche, die ein Vorbild für viele andere junge Roma waren. Ihre unerwartete Abschiebung hat uns alle fassungslos gemacht. Jugendliche, die bei uns aktiv sind und sich in einer ähnlichen Situation wie Gzim und Ramis befinden, wurden nun in Angst versetzt,“ heißt es in der Stellungnahme von Amaro Drom e.V.

Wir fordern politische Entscheidungsträger_innen dazu auf, Wege zu schaffen, um in Deutschland verwurzelte Jugendliche vor einer Abschiebung zu schützen. Die Bedürfnisse von Kindern- und Jugendlichen müssen bei Entscheidungen über den Aufenthaltsstatus ihrer Eltern mit berücksichtigt werden.

Infos:

Sarah Gräf
Referentin für Öffentlichkeitsarbeit
djo-Deutsche Jugend in Europa
Bundesverband e.V.

Tel: 030 / 44 67 78-12

sarah-graef@djo.de

www.djo.de

Spendenaufruf für Gzim und Ramis Berisha

Amaro Drom e. V. ruft zu Spenden für die beiden in der Jugendverbandsarbeit engagierten und vor Kurzem in den Kosovo abgeschobenen Roma-Jugendlichen Gzim und Ramis Berisha auf

„Am 16.12.2015 wurden unsere Freunde Gzim (15) und Ramis Berisha (12) aus unserer Mitte gerissen. Die beiden Jugendlichen wurden um fünf Uhr morgens von Polizeibeamten abgeholt und gemeinsam mit ihren Eltern und jüngeren Geschwistern in den Kosovo abgeschoben. Gzim und Ramis sind in Deutschland geboren. ainaan hier zur Schule, engagierten sich in der Jugendverbandsarbeit und möchten sich hier ihre Zukunft aufbauen.“



Amaro Drom e.V.

Wir - die Jugendverbände Ternengo Drom e Romengo und Amaro Drom - setzen nun alles daran die beiden zurückzuholen. Bis wir das schaffen wollen wir Gzim und Ramis vor Ort zu unterstützen. Dafür brauchen wir Ihre Hilfe.

Den Brüdern und ihrer Familie fehlt es im Kosovo an allem was ein menschenwürdiges Leben

ausmacht. Sie haben nicht genug Geld, um sich die nötigsten Dinge des Alltags anzuschaffen. Bei derzeitigen Temperaturen um 0 Grad lebt die Familie in Peje in einer Wohnung, in der es nicht einmal Betten gibt. Die Familie ist dringend auf finanzielle Unterstützung angewiesen.

Die Lebenssituation im Kosovo ist insbesondere für Roma katastrophal: Es mangelt an medizinischer Versorgung und Zugang zu Bildung. Eine

Arbeit zu finden ist für Roma nahezu unmöglich, die Arbeitslosenquote unter Roma beträgt im Kosovo zwischen 95% und 100%. Sie müssen in notdürftigen Unterkünften leben, weil ihre Häuser entweder im Krieg zerstört wurden oder von den verbliebenen Einheimischen beansprucht werden. Aufgrund des historisch gewachsenen Rassismus gegen Roma sind diese alltäglichen Diffamie-

rungen, Anfeindungen und tätlichen Übergriffen ausgesetzt. Sich im Kosovo als Rom_ni ein menschenwürdiges Leben aufzubauen ist nahezu unmöglich.

Unterstützen Sie uns dabei Gzim und Ramis eine Chance zu geben in ihr Leben zurückzukehren! Helfen Sie uns den beiden die Kraft zu geben weiter um ihr Recht und für ihre Zukunft zu kämpfen!“

Projekt Waldwelten: Naturschutzjugend (NAJU) NRW baut Umweltbildungsangebote für Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund auf

Ziel des im Frühjahr 2016 beginnenden Projekts „Waldwelten“ des NAJU NRW ist der Aufbau von Umweltbildungsangeboten, die auch Jugendliche mit Migrationshintergrund ansprechen. Hintergrund hierfür ist, dass bislang Menschen mit Migrationshintergrund in der NAJU, aber auch im NABU kaum vertreten sind oder durch die vorhandenen Angebote nur wenig erreicht werden. Für das Projekt wird das Team der NAJU NRW Landesgeschäftsstelle durch Mareike Gieseke verstärkt. Die Landschaftsökologin (B.Sc.) und Abenteuer- und Erlebnispädagogin (M.A.) hat bereits mit Jugendgruppen, Schulklassen und Auszubildenden erlebnispädagogische sowie naturpädagogische Projekte durchgeführt. Bei der NAJU NRW wird sie zusammen mit einem/einer weiteren Projektmitarbeiter_in das Projekt Waldwelten organisieren und durchführen. Das Modellprojekt wird zunächst im Großraum Düsseldorf angeboten und möchte insbesondere Jugendliche mit türkischem Migrationshintergrund ansprechen. Inhaltlich befassen sich die „Waldwelten“ mit dem Lebensraum Wald. Umgesetzt wird das Projekt in zwei Phasen. In



Nähere Informationen finden sich auf der [Website des Vereins](http://www.amarodrom.de/spendenauf-ruf-für-gzim-und-ramis-berisha). (URL: <http://www.amarodrom.de/spendenauf-ruf-für-gzim-und-ramis-berisha>).

Infos:

Anita Burchardt
Referentin für Öffentlichkeitsarbeit
Amaro Drom e. V.
Tel: 030 / 61 62 00 10
anita.burchardt@amarodrom.de
www.amarodrom.de

der ersten Phase werden ältere Jugendliche und Erwachsene kostenlos über drei Wochenendschulungen zu Teamer_innen mit Fachwissen über interkulturelle Umweltbildung im Lebensraum Wald ausgebildet. In der zweiten Phase finden die eigentlichen Bildungsveranstaltungen mit Jugendlichen statt, die von den zuvor ausgebildeten Teamer_innen geleitet werden.

Die erste Teamer_innenschulung wird im Frühjahr 2016 beginnen. Weitere Informationen werden im Vorfeld auf der [Website der NAJU NRW](http://www.naju-nrw.de/projekte/waldwelten) bekannt gegeben (URL: <http://www.naju-nrw.de/projekte/waldwelten>).

Ansprechpartnerin ist Mareike Gieseke (mareike.gieseke@waldwelten.naju-nrw.de).

Infos:

Naturschutzjugend NRW
Völklinger Str. 7-9
40219 Düsseldorf
Tel: 02 11 / 15 92 51-30
Fax: 02 11 / 15 92 51-39
mail@naju-nrw.de
www.naju-nrw.de

Bundesweite Aktionen, Informationen**Breite gesellschaftliche „Allianz für Weltoffenheit“ gegründet**

Die „Allianz für Weltoffenheit, Solidarität, Demokratie und Rechtsstaat – gegen Intoleranz, Menschenfeindlichkeit und Gewalt“ hat sich in Berlin vorgestellt. In einem gemeinsamen Aufruf appellieren die zehn Allianzpartner, angesichts der aktuellen Herausforderungen, demokratische Grundwerte und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu wahren sowie Hass und Intoleranz entschieden entgegenzutreten. Der Aufruf „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ ist [hier](http://www.allianz-fuer-weltoffenheit.de/) nachlesbar. (URL: <http://www.allianz-fuer-weltoffenheit.de/>)

Zu dem breiten gesellschaftlichen Bündnis gehören die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, die Deutsche Bischofskonferenz, der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland, der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Zentralrat der Juden in Deutschland, der Deutsche Kulturrat, der Koordinationsrat der Muslime, der Deutsche Naturschutzring, der Deutsche Olympische Sportbund sowie die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege.

Ingo Kramer, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände sagte: „Die deutsche Wirtschaft tritt für ein weltoffenes Europa ein, in dem ausnahmslos jeder Mitgliedstaat die Menschenwürde und unsere demokratischen Grundwerte schützt. Menschen, die nach Europa flüchten, weil sie in ihrer Heimat an Leib und Leben bedroht sind, müssen hier Zuflucht erhalten. Das ist aber nur möglich, wenn jene Menschen, die nicht von Verfolgung und Gewalt bedroht sind, auch in ihre Heimatstaaten zurückgeführt werden. Asylsuchende mit Bleibeperspektive müssen ihren Beitrag leisten, damit ihre Integration gelingt. Sie müssen die grundlegenden Werte und Regeln unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens uneingeschränkt anerkennen.“

Für die Deutsche Bischofskonferenz sagte Erzbischof Heiner Koch: „Wer mit Worten oder Taten zur Ausgrenzung und Herabsetzung von Flüchtlingen und Migranten beiträgt, der kann sich nicht auf das Christentum berufen. Menschenfeindlichkeit und Fremdenhass stehen nicht nur im klaren Widerspruch zu den Werten unserer freiheitlich-

demokratischen Grundordnung, sondern zeugen letztlich immer von einer tiefen Missachtung der christlichen Botschaft.“

Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm sagte für den Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland: „Gerade in schwierigen Zeiten muss die Gesellschaft sich für ihre Schwächsten einsetzen. Deshalb engagieren sich Christinnen und Christen überall im Land für die Versorgung und Integration von Flüchtlingen. In der ‚Allianz für Weltoffenheit‘ sind wir Teil eines breiten Bündnisses gegen Rassismus, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit – jenseits von politischen Standpunkten. Deutschland ist ein weltoffenes Land, dessen Verantwortungshorizont nicht an den eigenen Grenzen endet.“

Für den Deutschen Gewerkschaftsbund sagte sein Vorsitzender Reiner Hoffmann: „Bildung, Ausbildung und Arbeit sind der Schlüssel für ein selbstbestimmtes Leben und gesellschaftliche Teilhabe. Das gilt für Flüchtlinge und Einheimische gleichermaßen. Integration war noch nie zum Nulltarif zu haben, aber jetzt treten die Herausforderungen deutlicher hervor. Wir brauchen heute Investitionen in öffentliche Infrastruktur, Bildung, Personal und bezahlbaren Wohnraum. Sie werden sich Morgen und Übermorgen für uns alle auszahlen.“

Der Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Mark Dainow, sagte: „Wir unterstützen die Ziele der Allianz für Weltoffenheit aus tiefster Überzeugung, denn die jüdische Gemeinschaft setzt sich stets für Werte wie Toleranz, Respekt und den Schutz von Minderheiten ein. Ebenso ist die Bekämpfung von Antisemitismus und Rassismus ein wesentlicher Bestandteil des Wertesystems unserer Gesellschaft. Dieses Wertesystem sollte jeder, der dauerhaft hier lebt, nicht nur akzeptieren, sondern auch fördern.“

Der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, Olaf Zimmermann, sagte: „Kulturelle Vielfalt heißt nicht Beliebigkeit, sondern Respekt vor anderen Kulturen und Neugier darauf und zugleich selbstbewusstes Eintreten für eigene

kulturelle Traditionen und Werte. Es bedeutet die kulturellen Gemeinsamkeiten zu sehen, ohne das Trennende aufheben zu wollen. Kulturelle Vielfalt leben stellt eine der größten Herausforderung unserer Zeit dar.“

Für den Koordinationsrat der Muslime sagte sein Sprecher Zekeriya Altug: „Nächstenliebe und Barmherzigkeit kennen keine Obergrenzen. Besonders dann nicht, wenn Menschen in höchster Not sind. Dafür müssen wir alle gemeinsam - Muslime wie Christen oder Juden - eintreten, ohne Wenn und Aber! Die Polarisierung unserer Gesellschaft bereitet uns als Deutschen Muslimen sehr große Sorge. Diese Zwietracht verdeckt zum einen die immense Hilfsbereitschaft und den sehr starken Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Auf der anderen Seite verhindert sie, dass wir die Chancen wahrnehmen, die auch die Zuwanderung für unsere Zukunft bietet. Wir müssen nur bereit sein, diese Zukunft auch gemeinsam aufzubauen.“

Als Vertreter des Deutschen Naturschutzrings sagte sein Präsident Kai Niebert: „Wir beobachten mit Sorge, wie die Debatte um Menschen in Not zunehmend ausgenutzt wird, um die Grenze des Akzeptablen in Richtung Hass und Gewalt zu verschieben. Die im Grundgesetz verankerten Werte und Pflichten gelten für alle: für Schutzsuchende, aber auch für die so genannten besorgten Bürger. Hass und Obergrenzen haben dort keinen Platz. Unsere Allianz von mehr als 50 Millionen Menschen begreift sich als Aufstand der Anständigen für ein nachhaltiges, offenes und tolerantes Deutschland in Europa.“

Karin Fehres, Vorstand Sportentwicklung beim Deutschen Olympischen Sportbund sagte: „Sport ist international, spricht alle Sprachen und ist grenzenlos. So leistet er einen Beitrag zur Völkerverständigung, denn alle spielen nach den gleichen Regeln. Der DOSB bekennt sich zu einem offenen und gastfreundlichen Deutschland und zu seiner integrationspolitischen Verantwortung. Sportdeutschland und die über 90.000 Sportvereine stärken mit ihrem verlässlichen Engagement den Zusammenhalt in der Gesellschaft, bieten geflüchteten und zum Teil traumatisierten Menschen Freude und Gemeinschaftserlebnisse und öffnen so Türen in unsere Gesellschaft.“

Der Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, Rolf Rosenbrock, sagte: „Aufnahme und Integration der Geflüchteten: Dieser Herausforderung stellt sich die Freie Wohlfahrtspflege, vom ersten Tag an bis heute, mit Engagement und Empathie. Zusammen mit hunderttausenden ehrenamtlich Tätigen, darunter sehr viele Migrantinnen und Migranten. Darin zeigt sich die Kraft des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Mit dieser Kraft und klugen Konzepten kann Inklusion gelingen - zum Wohle aller.“

Infos:

Deutscher Gewerkschaftsbund

Bundeschatzung

Vorstandsbereich 04

Referat Migrations- und Antirassismopolitik

Henriette-Herz-Platz 2

10178 Berlin

Tel: 0 30 / 24 06 05 09

Fax: 0 30 / 24 06 02 76

bettina.domer@dgb.de

www.dgb.de

Neues Kontaktstudium „Migration und Flucht“ ab April 2016

Das Hei-MaT an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg beginnt im April 2016 mit einem neuen Kontaktstudiengang. Hierbei handelt es sich um eine berufsbegleitende Weiterbildung mit Präsenz- und Selbststudienphasen über zwei Semester.

Personen, die im Migrationsbereich arbeiten, sind vielfältigsten Herausforderungen ausgesetzt. Zum einen müssen sie differenziertes Wissen über die Herkunftsländer, Migrationsgründe, aufenthalts- und ausländerrechtliche Bestimmungen,

Qualifikationen der Migranten und Asylsuchenden vorliegen haben, zum anderen Expertise darüber besitzen, wie die jeweiligen Personen individuell und ihren Bedarfen entsprechend unterstützt, beraten und in verschiedene Maßnahmen vor Ort in der Kommune integriert werden können. Angesichts der aktuell hoch bleibenden Zahl von Flüchtlingen sind die Anforderungen an Fachkräfte, die im Migrationsbereich tätig sind, nochmals gestiegen.

Das geplante Kontaktstudium setzt sich zum Ziel,

die Fachkräfte der Migrationsarbeit entsprechend zu qualifizieren und für die gestiegenen Anforderungen in rechtlichen, sozialen und pädagogischen Feldern handlungskompetent zu machen.

Inhalte des Kontaktstudiums:

Migrationsgeschichte und Migrationssoziologie
Rechtliche Rahmenbedingungen von Migration, Flucht und Asyl nach Deutschland
Pädagogische Professionalität in inter-/transkulturellen Kompetenzfeldern
Sprachförderung Deutsch und Institutionennetze

Zielgruppe:

Personen aus öffentlich-kommunalen Institutionen (Öffentlicher Dienst, z.B. Jugendamt, Sozialamt, Gesundheitsamt, Polizei, Beratungsstellen, Migrantenselbstorganisationen etc.), die im Bereich Migration und Flüchtlinge tätig sind sowie Lehrkräfte und weitere Pädagogen aus Bildungsinstitutionen.

Zeitlicher Rahmen:

1. Semester: April bis Juli

2. Semester: September bis Dezember

Prüfungsphase: Januar bis Februar

Weitere Informationen sind dem [Flyer](#) und der [Website](#) (URL: <http://www.ph-heidelberg.de/hei-mat/kontaktstudium-fortbildungen.html>) entnehmbar.

Infos:

Pädagogische Hochschule Heidelberg
Heidelberger Zentrum für Migrationsforschung und Transkulturelle Pädagogik - Hei-MaT
Keplerstraße 87

69120 Heidelberg

Direktorin: Professorin Dr. Havva Engin

Geschäftsführung: Sylvia Selke

Tel: 0 62 21 / 18 54 01 17

mail@hei-mat-online.de

www.ph-heidelberg.de/hei-mat/home.html

Dokumentation des Asylpolitischen Forums 2015

Die Online-Dokumentation des Asylpolitischen Forum 2015, das vom 11.-13. Dezember in Haus Vilbigst stattfand und unter dem Thema „Kinder- und Menschenrechte zur Disposition? Viele Flüchtlinge - wenig Schutz“ stand, kann [hier](#) (URL: [http://](http://www.kircheundgesellschaft.de/theologische-und-gesellschaftliche-grundfragen/flucht-und-asyl/dokumentation-des-asylpolitischen-forums-2015/)

www.kircheundgesellschaft.de/theologische-und-gesellschaftliche-grundfragen/flucht-und-asyl/dokumentation-des-asylpolitischen-forums-2015/) abgerufen werden.

Seminar „Gute Ziele, keine Presse? Öffentlichkeitsarbeit in Beteiligungsprozessen“

Veranstaltet von der Stiftung Mitarbeit, 8. bis 9. April 2016 in Mülheim an der Ruhr

Das Seminar will die Teilnehmer_innen dabei unterstützen, eine auf ihre Projektinhalte zugeschnittene Strategie für eine umsetzbare und an den eigenen Möglichkeiten orientierte Öffentlichkeitsarbeit zu entwickeln. Im Mittelpunkt stehen folgende Fragen:

Wie können Beteiligungsprojekte trotz knapper Ressourcen nach außen ein unverwechselbares Gesicht bekommen? Welche Informationen sind für Medien interessant? Wie lassen sich Meilensteine und Ergebnisse so aufbereiten, dass die Öffentlichkeit auf das Beteiligungsprojekt aufmerksamer wird?

Die Veranstaltung ist stark praxisorientiert und

richtet sich an Akteure aus Kommunen, Bürgergesellschaft, Vereinen und Verbänden, die Beteiligungsprozesse organisieren und (mit)gestalten. Nähere Informationen finden sich [hier](#).

Infos:

Stiftung Mitarbeit

Marion Stock

Ellerstraße 67

53119 Bonn

Telefon 02 28 / 6 04 24-24

Telefax 02 28 / 6 04 24-22

stock@mitarbeit.de

www.mitarbeit.de

www.buergergesellschaft.de

Seminar „Alle im Boot?! Schwer erreichbare Zielgruppen in Bürgerbeteiligungsprozesse einbeziehen“

Veranstaltet von der Stiftung Mitarbeit, 22. bis 23. April 2016 in Magdeburg

Im Mittelpunkt des Seminars steht die Frage, wie es gelingen kann, diejenigen Menschen in Partizipationsprozesse einzubeziehen, denen Beteiligung nicht »nahe liegt« und die unter Bedingungen leben, die politische Teilhabe erschweren. Wie können wir z.B. Migrant_innen, benachteiligte Jugendliche und Menschen, die am Rande unserer Gesellschaft leben, für Beteiligung gewinnen und sie dabei unterstützen, ihre Interessen zu artikulieren? Welche Methoden können sinnvoll eingesetzt werden und wie müssen Prozesse entsprechend ausgestaltet werden?
Die Veranstaltung ist stark praxisorientiert und

richtet sich an Prozessverantwortliche in Beteiligungs- und Kooperationsprozessen.
Nähere Informationen sind [hier](#) einsehbar.

Infos:

Stiftung Mitarbeit

Marion Stock

Ellerstraße 67

53119 Bonn

Telefon 02 28 / 6 04 24-24

Telefax 02 28 / 6 04 24-22

stock@mitarbeit.de

www.mitarbeit.de

www.buergergesellschaft.de

Seminarreihe: „Wenn der Elefant ein Panzer sein kann“ - Arbeiten mit (traumatisierten) geflohenen Kindern und ihren Familien

Veranstaltet vom Paritätischen Bildungswerk Bundesverband e. V. in Frankfurt am Main, Beginn 13.04.2016 / Ende: 17.11.2016

Zielgruppe:

Fachkräfte aus der Eltern- und Familienbildung und -beratung, aus Familienzentren und Kitas, Fachberatungen und andere Interessierte

Die Teilnehmenden werden in die Lage versetzt, Ressourcen von (traumatisierten) geflohenen Kindern und ihren Familien zu erkennen und zu nutzen. Sie beraten sich kollegial und vernetzen ihre Kompetenzen und ihr Wissen. Sie erarbeiten, wie Einrichtungen sich verändern müssen, um angemessen auf die Bedarfe von geflohenen Familien eingehen zu können. Sie werden sicherer

in der Arbeit mit (traumatisierten) Kindern und ihren Familien und erkennen Grenzen der eigenen Handlungsfähigkeit.

Infos:

Karin Stellmacher

Paritätisches Bildungswerk

Bundesverband e. V.

Heinrich-Hoffmann-Straße 3

60528 Frankfurt

Tel: 0 69 / 67 06-2 52

Fax: 0 69 / 67 06-2 03

stellmacher@pb-paritaet.de

www.pb-paritaet.de

Opferberatungsstellen halten Debatte nach Silvesternacht für gefährlich: Statt Strategien gegen sexualisierte Gewalt bestimmt rassistische Hetze den Diskurs

Presseerklärung des Verbandes der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG) vom 28.01.2016

Die im bundesweiten „Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt“ (VBRG e.V.) zusammengeschlossenen Projekte sind alarmiert über die rassistischen Debatten nach den sexualisierten Angriffen in der Silvesternacht.

Die Beratungsstellen fordern die Umsetzung wirksamer Strategien gegen sexualisierte Gewalt im Alltag und bei Großveranstaltungen. Gleichzeitig wenden sich die Beratungsstellen entschieden gegen einen medialen und politischen Diskurs, der durch eine kollektivierende Schuldzuweisung und durch den Ruf nach Repressionen gegen Minderheitengruppen geprägt ist.

Die Zahl rassistisch motivierter Angriffe steigt seit über einem Jahr stark an. Die Opferberatungsstellen befürchten nun eine weitere Eskalation der Gewalt und fordern ein Ende der rassistischen Hetze.

„Das Jahr 2015 war von einem beispiellosen Anstieg rassistischer Angriffe und Gewalttaten auf Geflüchtete und Migrant_innen gekennzeichnet. Die zurzeit vorherrschenden politischen Debatten, Forderungen, Berichterstattungen und viele Aktionen auf der Straße bedienen sich rassistischer Stereotype und erhöhen die Zahl der Angriffe und Diskriminierungen“, warnt die Sprecherin des VBRG Sabine Seyb.

Die sexualisierten Übergriffe in Köln, Hamburg, Stuttgart und an anderen Orten müssen umfassend aufgeklärt und sachlich analysiert werden. Sexualisierte Gewalt ist ein gesamtgesellschaftliches Problem und erfordert eine differenzierte Auseinandersetzung über Sexismus und Gewalt. Dazu gehört ohne Ausnahme, dass betroffene Frauen bestmögliche Unterstützung erhalten.

Wenn jedoch Politiker_innen – nicht nur Rechte und Rechtspopulist_innen, sondern Angehörige aller Parteien – die sexualisierte Gewalt in gefährlicher und geschmackloser Weise für eine rassistische Stimmungsmache gegen Geflüchtete und Migrant_innen instrumentalisieren, ist das keine Analyse, noch führt es zu umfassenden Strategi-

en und Unterstützungsmaßnahmen. Im Ergebnis werden ganze Minderheitengruppen unter Generalverdacht gestellt und die Einschränkung ihrer Rechte gefordert. Die weitere Verschärfung des Asylrechts, die Ausweitung der Residenzpflicht und die Erleichterung von Ausweisungen richten sich in rassistischer und diskriminierender Weise gegen alle Geflüchteten und Migrant_innen in Deutschland, Männer und Frauen, unabhängig von Geschlecht und Alter. Sie tragen in keiner Weise zur notwendigen Ermittlung und Aufklärung der Übergriffe bei, noch helfen sie, sexualisierte Übergriffe in Zukunft zu verhindern, Betroffene sexualisierter Gewalt zu unterstützen und Sexismus als gesellschaftliches Problem anzuerkennen und dagegen vorzugehen. Vielmehr setzen solche Forderungen gefährliche Signale in eine andere Richtung:

In Köln etwa attackierten am 9. Januar 2016 Gruppen der selbst ernannten „Bürgerwehren“ rund um den Hauptbahnhof zahlreiche Passanten mit gezielten rassistischen Angriffen. Die Betroffenen wurden dabei zum Teil erheblich verletzt. Es ist davon auszugehen, dass die Angriffe geplant waren. Zu etlichen Mitgliedern der „Bürgerwehr“-Gruppen in Köln (wie etwa auch in Düsseldorf oder Essen) liegen Erkenntnisse zu deren extrem rechter Positionierung vor. In Köln und andernorts erhalten die selbst ernannten „Bürgerwehren“ enormen Zuspruch. Rassistische Zuschreibungen und Kommentierungen in den sozialen Medien unterstreichen dabei in zumeist drastischer Weise die Forderungen nach einer repressiven Asylpolitik und sprechen davon, den Druck auf die Entscheidungsträger_innen durch Aktionen der Selbstjustiz zu erhöhen.

„Aus unserer Beratungspraxis wissen wir, dass sich gewalttätige Rassist_innen gerade durch solche Brandstifterreden in ihren Taten bestärkt fühlen. Für geflüchtete und migrantische Menschen ist der Alltag in Deutschland von rassistischer Diskriminierung und der Gefahr von Bedrohung und Gewalt geprägt. Viele der Betroffenen trauen sich in der gegenwärtigen Lage kaum noch

auf die Straße“, schätzt Sabine Seyb die gegenwärtige Situation ein.

Deshalb fordern die Opferberatungsstellen insbesondere von Verantwortlichen in Medien und Politik, sich gegen die Instrumentalisierung sexualisierter Gewalt für rassistische Stimmungsmache und Asylgesetzverschärfung zu stellen. Dringend notwendig ist eine differenzierte Diskussion, die als Ziel den Schutz vor sexualisierter und vor

rassistischer Gewalt verfolgt.

Infos:

Sabine Seyb

Sprecherin des VBRG e.V. /

Mitarbeiterin ReachOut

0 30 / 69 56 83 39

0 170 / 4 26 50 20

info@opferperspektive.de

www.opferperspektive.de

Bündnis für Demokratie und Toleranz - gegen Extremismus und Gewalt (BfDT) lädt zum Jugendkongress 2016

20. bis 24. Mai 2016 in Berlin

Auch in diesem Jahr lädt das Bündnis für Demokratie und Toleranz - gegen Extremismus und Gewalt (BfDT) zum jährlich stattfindenden Jugendkongress vom 20. - 24. Mai nach Berlin ein. Zum 16. Mal werden sich bis zu 450 Jugendliche aus ganz Deutschland und über die Grenzen hinaus zusammenfinden, um in Workshops und Außenforen über verschiedenste politische, gesellschaftliche und kulturelle Themen miteinander ins Gespräch zu kommen, sich auszutauschen und zu vernetzen.

Den Jugendlichen werden in Workshops und Außenforen vielfältige Möglichkeiten aufgezeigt, sich ehrenamtlich und zivilgesellschaftlich für Demokratie und Toleranz einzusetzen bzw. eigenes Engagement auszubauen. Dabei schaffen wir nicht nur eine Diskussionsplattform, sondern geben praktische Tipps an die Hand, mit denen beispielsweise eigene Projekte noch professioneller umgesetzt werden können.

Höhepunkt des Jugendkongresses wird der Tag des Grundgesetzes, der 23. Mai. An diesem Tag

werden in einem Festakt Botschafterinnen und Botschafter für Demokratie und Toleranz sowie die Preisträgerinnen und Preisträger des Wettbewerbs „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ ausgezeichnet.

Unterstützt wird der Jugendkongress auch durch das Peernetzwerk „JETZT - jung, engagiert, vernetzt“. (URL: <http://www.buendnis-toleranz.de/aktiv/peernetzwerk/>)

Nähere Informationen zum Jugendkongress sind [hier](http://www.buendnis-toleranz.de/aktiv/170066/bitte-vormerken-jugendkongress-2016-vom-20-bis-24-mai-in-berlin) aufrufbar. (URL: <http://www.buendnis-toleranz.de/aktiv/170066/bitte-vormerken-jugendkongress-2016-vom-20-bis-24-mai-in-berlin>).

Infos:

Bündnis für Demokratie und Toleranz

Friedrichstraße 50

10117 Berlin

Tel: 0 30 / 25 45 04-4 66

Fax: 0 30 / 25 45 04-4 78

buendnis@bpb.bund.de

www.buendnis-toleranz.de

„Begriffswelten Islam“: YouTuber und Fans entdecken die Vielfalt des Islams

Die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb hat für ein Bildungsangebot mit mehreren Wissenschaftlern und YouTubern zusammengearbeitet. In zwei Webvideoformaten greifen die YouTuber, die ein persönliches Interesse am Thema mitbringen, wichtige Begriffe populärer Islamdiskurse in Deutschland auf und präsentieren ein differenziertes Informationsangebot zur Vielfalt im Islam für eine jugendliche Zielgruppe. Nachdem der YouTuber LeFloid am 16. Januar 2016 mit dem

Video „Islam und Wissen“ den letzten Beitrag online gestellt hat, kann ein erstes Fazit gezogen werden.

Im ersten Format setzen sich YouTuberinnen und YouTuber wie LeFloid, Hatice Schmidt und MrWissen2Go in animierten Kurzfilmen mit unterschiedlichen Begriffen des Islams wie „Umma“, „Dscharhiliyya“ und „bid'a“ auseinander.

Im zweiten Format besucht Hatice Schmidt verschiedene Wissenschaftlerinnen und Wissen-

schaftler und spricht mit ihnen über Themen wie „Scharia“, „Iman“ und „Koran“. Das erste Video dieser Reihe wurde am 15. Oktober 2015 auf dem YouTube-Kanal von Hatice Schmidt veröffentlicht.

Die Videos werden in den Kanälen der an den Projekten beteiligten YouTuberinnen und Youtuber veröffentlicht und als [Playlist auf dem YouTube-Kanal der bpb](#) bereitgestellt.

Nähere Informationen sind auf der [Website des bpb](#) aufrufbar. (URL: [http://www.bpb.de/lernen/digitale-bildung/medienpaedagogik/213243/be-](http://www.bpb.de/lernen/digitale-bildung/medienpaedagogik/213243/be-griffswelten-islam)

[griffswelten-islam](#)).

Infos:

Clemens Stolzenberg
Bundeszentrale für politische Bildung
Fachbereich „Zielgruppenspezifische Angebote“
Adenauerallee 86

53113 Bonn

Tel: 02 28 / 9 95 15-2 20

Fax: 02 28 / 9 91 05 15-2 25

clemens.stolzenberg@bpb.de

www.bpb.de

Israel jenseits der Schlagzeilen

Studienreise der Bundeszentrale für politische Bildung für Nachwuchsjournalist_innen im Frühjahr 2016

Vom 29. Mai bis 9. Juni 2016 lädt die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) junge Nachwuchsjournalist_innen (maximal 5 Jahre Berufserfahrung, inkl. Volontariat) aus Hörfunk, TV, Presse und Online-Medien dazu ein, sich aus erster Hand über die wichtigsten politischen und gesellschaftlichen Themen der israelischen Gegenwart zu informieren.

Kaum ein anderes Land hat, in Relation zu seiner territorialen Größe und Bevölkerungszahl, eine so hohe Dichte an ausländischen Korrespondent_innen zu verzeichnen wie Israel. Auch in den deutschen Medien ist Israel nahezu täglich präsent. Woher rührt das große Medien-Interesse für das Land? Welche Schlagzeilen und Themen prägen das öffentliche Bild von Israel?

In Diskussionen mit Repräsentant_innen aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, Armee und Kultur möchten wir diesen Fragen nachgehen und einen intensiven Einblick in die israelische Gesellschaft

- jenseits der Schlagzeilen - ermöglichen. Darüber hinaus lernen die Teilnehmenden in Begegnungen mit israelischen Journalist_innen sowie deutschen Korrespondent_innen die israelische Medienlandschaft sowie ihre Rolle in der israelischen Demokratie kennen und tauschen sich über deutsch-israelische Medienbilder aus. Nicht zuletzt stellt sich die Frage nach der Rolle der Medien - hier wie dort - in der Berichterstattung über den israelisch-palästinensischen Konflikt. Weitere Informationen und Bewerbungsmöglichkeit sind auf der [Website des bpb](#) aufrufbar. (URL: <http://www.bpb.de/218364>).

Infos:

Bundeszentrale für politische Bildung
Mareike Rutowski

Tel: 02 28 / 9 95 15-5 40

israel-studienreisen@bpb.de

www.bpb.de

Neue Ausschreibung: Förderpreis für interkulturellen Dialog / Pill Mayer Stiftung

Die positive Resonanz auf den letztes Jahr erstmals verliehenen Förderpreis der Pill Mayer Stiftung macht es möglich: Auch 2016 wird ein Preis für interkulturellen Dialog ausgelobt.

Die Pill Mayer Stiftung wird mit ihrem Förderpreis wieder ein beispielhaftes interkulturelles Kulturprojekt für Kinder und Jugendliche auszeichnen. Die Stiftung ist davon überzeugt, dass ideenreiche Kulturarbeit den interkulturellen Dialog fördern kann: Damit kann man den Blick weiten,

anregen und zur Verständigung zwischen unterschiedlichen Kulturen beitragen.

Angesprochen sind alle künstlerischen Ausdrucksformen wie Musik, Literatur, Theater, Tanz, Film oder Bildende Kunst, aber auch Museen und Ausstellungen, die sich interkultureller Kulturarbeit widmen.

Der mit 1000 Euro dotierte Preis richtet sich an regionale, überregionale und internationale Kulturschaffende. Einsendeschluss der Bewerbungen

per Mail mit Projektskizze ist der 1. Mai 2016. Weitere Informationen zu den Teilnahmebedingungen finden sich auf der Website.

Infos:

Pill Mayer Stiftung für interkulturellen Dialog

Dr. Irene Pill und Dr. Bernd Mayer

Maximilianplatz 7

88364 Wolfegg

Tel: 0 75 27 / 95 41-61

Mobil: 0 171 / 4 27 10 83

Fax: 0 7527 / 95 41-71

kultur@pillmayerstiftung.org

www.pillmayerstiftung.org

Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ fördert Modellprojekte zum Thema „Konzepte, Methoden und Instrumente des interkulturellen Lernens in Verbänden und Vereinen“

Ab sofort können im Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ Anträge zur Förderung von Modellprojekten zum Thema „Konzepte, Methoden und Instrumente des interkulturellen Lernens in Verbänden und Vereinen“ eingereicht werden. Angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen im Zusammenhang mit Flucht und Asyl stellen sich Fragen nach interkultureller Öffnung und interkulturellem Lernen für Ehren- und Hauptamtliche in neuer Weise. Gegenstand der Förderung ist die partizipative Entwicklung und Erprobung von Maßnahmen, Methoden und Instrumenten des interkulturellen Lernens für die Sport-, Feuerwehr-, und THW-Verbände bzw. Helferorganisationen.

Einen Antrag können Träger stellen, die über eine mehrjährige, ausgewiesene und fachlich hohe Kompetenz in der Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen des interkulturellen Lernens vorweisen.

Eine Antragstellung ist nur in Kooperation mit einem Landesverband der Feuerwehr, des Sports, des THW oder einer landesweit tätigen Helferorganisation möglich.

Gefördert werden zeitlich begrenzte Modellprojekte mit einer Laufzeit von zwei Jahren (mit der Option der Verlängerung um ein weiteres Jahr). Die Projektlaufzeit beginnt am 01. Juli 2016.

Die Fördersumme für Personal- und Sachkosten beträgt maximal 150.000 Euro/Jahr. Bezogen auf die Ausgaben des Projektes muss eine Kofinanzierung von 20 Prozent beigebracht werden.

Die Ausschreibung endet am 08. April 2016. Die vollständigen Antragsunterlagen sind in der Regiestelle des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ per Post und als digitale Version einzureichen.

Die Anträge werden in einem Gutachterverfahren bewertet. Der Letztentscheid obliegt dem Bundesministerium des Innern. Die vollständigen Unterlagen zur Antragstellung sowie weitere Informationen sind auf der [Website des Bundesprogramms](#) aufrufbar.

Interessierte Träger können sich ab dem 3.2.2016 bei der Antragstellung beraten lassen. Bitte machen Sie hierfür mit der Regiestelle einen (Telefon-)Termin aus.

Infos:

Bundeszentrale für politische Bildung

Regiestelle „Zusammenhalt durch Teilhabe“

Friedrichstraße 50

10117 Berlin

Tel: 0 30 / 2 54 50 44-41

Fax: 0 30 / 2 54 50 44-78

nicole.lauersdorf@bpb.bund.de

www.zusammenhalt-durch-teilhabe.de

Veranstaltung anlässlich des Internationalen Frauentags: „Geschlechtergerechtigkeit in der Einwanderungsgesellschaft - Gemeinsam gegen sexualisierte Gewalt“

Vortrag und Podiumsdiskussion mit Kübra Gümüşay (Journalistin und Bloggerin), Chantal Louis (Redakteurin bei EMMA), Stefanie Baranski-Müller (DGB NRW)

Zeit: 7. März 2016, 17.00 bis 19.30 Uhr,

Ort: Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn, Godesberger Allee 149, 53175 Bonn

In Zeiten, in denen viele geflüchtete Menschen nach Deutschland kommen - in der Mehrzahl junge Männer, aber auch viele Familien, Frauen und Kinder - rutscht der politische Diskurs immer wieder nach rechts ab. Muslimische Männer werden als potentielle Bedrohung von (jungen) Frauen in Deutschland und der feministischen Errungenschaften im Bereich der Frauenrechte insgesamt stilisiert.

Ist Sexismus nur ein Problem der „anderen“? Mit der Kampagne #ausnahmslos wenden sich (junge) Feministinnen gegen sexualisierte Gewalt und Rassismus. Denn rassistische Argumente werden von Populist_innen in Zusammenhang mit der Sorge um Frauenrechte bedient.

Mit dieser Veranstaltung am Vorabend des Internationalen Frauentages möchte die Friedrich-Ebert-Stiftung eine Plattform für eine Diskussion schaffen, ob und wie Frauenrechte im Kontext der Flüchtlingsdebatte instrumentalisiert wurden. Thema wird auch sein, welchen Stellenwert Feminismus und Gleichberechtigung in der Einwanderungsgesellschaft haben.

Welche Aufgabe kommt der Politik angesichts

aktueller Entwicklungen zu? Wie kann der Feminismus mit den Entwicklungen umgehen? Schließen sich Islam, Emanzipation und Geschlechtergerechtigkeit aus oder übersehen wir die längst begonnene Gleichstellungsdebatte im Islam? Welche Vorstellungen von Geschlechterrollen und Gleichberechtigung haben islamische Feminist_innen? Wie können sich Frauen solidarisieren, um gemeinsam gegen Sexismus, sexuelle Belästigung und sexuelle Gewalt zu kämpfen? Wie können wir uns gemeinsam auf die eigentliche Sache konzentrieren?

Interessierte können sich online [hier](https://www.fes.de/oas/portal/pls/portal/showvera.anmelden%3FVeranummer%3D200526) anmelden. (URL: <https://www.fes.de/oas/portal/pls/portal/showvera.anmelden%3FVeranummer%3D200526>).

Infos:

Friedrich-Ebert-Stiftung

Landesbüro NRW

Jeannette Rußbült

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Tel: 02 28 / 8 83-72 02

Fax 02 28 / 8 83-92 08

Patenschaften für Geflüchtete: Bundesprogramm „Menschen stärken Menschen“ gestartet

Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig hat am 19. Januar das neue Bundesprogramm „Menschen stärken Menschen“ in Berlin vorgestellt. Ziel des Programms ist, Patenschaften zwischen geflüchteten und hier lebenden Menschen zu fördern und zu unterstützen. Für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sollen über die Patenschaften hinaus Gastfamilien und Vormundschaften gewonnen werden.

Mit Blick auf das große Engagement der vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer soll das Programm dazu beitragen, die Rahmenbedingungen für sie zu verbessern und die oft spontane Hilfsbereitschaft in ein möglichst dauerhaftes Engagement zu übertragen.

„Mit ‚Menschen stärken Menschen‘ wollen wir die zu uns geflüchteten Familien, Frauen, Männer und Kinder dabei unterstützen, in unserer Gesellschaft anzukommen und sich hier eine neue Zukunft aufzubauen. Integration ist mehr als der Gang zum Sprachkurs oder Arbeitsamt. Mit diesem Patenschaftsprogramm schaffen wir die Basis für viele dauerhafte persönliche Begegnungen. Davon profitieren nicht nur die geflüchteten Menschen, sondern auch die Patinnen und Paten und damit unsere gesamte Gesellschaft“, sagte Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig.

Ein Wegweiser-Telefon im Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben informiert über die Möglichkeiten im Bereich Patenschaft,

Gastfamilie und Vormundschaft. Das Wegweiser-Telefon ist unter der Nummer 0 800 200 50 70 von Montag bis Freitag zwischen 7.30 Uhr und 16 Uhr erreichbar.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend möchte mit dem Programm rund 25.000 neue Patenschafts-Tandems in diesem Jahr initiieren. Gefördert werden überwiegend Programmträger, die die Engagement-Infrastruktur auf lokaler Ebene durch finanzielle Mittel oder Expertise unterstützen. Programmträger sind unter anderem die freien Wohlfahrtsverbände, muslimische Verbände, Migrant*innenorganisationen, der Stiftungssektor und Freiwilligenagenturen.

Hinsichtlich der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge unterstützt das Bundesfamilienministerium die Qualifizierung von Fachkräften, damit diese Gastfamilien, Vormünder sowie Patinnen

und Paten professionell begleiten können. Es ist wichtig, dass die Gastfamilien qualifiziert auf ihre verantwortungsvolle Aufgabe vorbereitet werden und eine enge Betreuung gewährleistet wird. Dies gilt insbesondere für Vormünder und Patinnen und Paten, die sich für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge engagieren. An zahlreichen Standorten werden Modellprojekte durchgeführt, um Konzepte zur Gewinnung und Begleitung von Gastfamilien, Vormündern und Patinnen beziehungsweise Paten zu erproben. Die Ergebnisse sollen auf Regionalkonferenzen präsentiert werden.

Infos:

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Bundesprogramm „Menschen stärken Menschen“ (URL: <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Freiwilliges-Engagement/menschen-staerken-menschen/menschen-staerken.html>)

Tel: 08 00 / 2 00 50 70

Neue Handreichung der Amadeu Antonio Stiftung: „Das Bild des übergriffigen Fremden - wenn mit Lügen über sexualisierte Gewalt Hass geschürt wird“

Aus dem Presstext:

„Die Amadeu Antonio Stiftung veröffentlicht eine neue Handreichung zum Mythos vom „übergriffigen Fremden“. Es geht darum, wie sexualisierte Gewalt und die davon Betroffenen instrumentalisiert werden, um Vorurteile und Hass gegen Geflüchtete und Migrant*innen zu verbreiten. Sexualisierte Gewalt ist immer zu verurteilen, unabhängig davon wer die Opfer und wer die Täter sind. Wenn sich herausstellt, dass Täter einen Migrationshintergrund haben, müssen Straftaten fallbezogen aufgearbeitet werden - aber es ist nicht hilfreich, mit populistischen Forderungen nach Ausweisungen zu reagieren und damit rassistische Ressentiments zu unterstützen. Außerdem führt die Debatte um die ethnische Herkunft weg vom eigentlichen Thema und hilft den Opfern nicht. Es ist falsch zu glauben, dass es sich bei Sexismus und sexualisierten Übergriffen um ein „importiertes“ Problem handelt, das von außen in unsere Gesellschaft hineingetragen wird.

Die Handreichung klärt Fakten über sexualisierte Gewalt und sexuellen Kindesmissbrauch zu Verbreitung, Täterschaft und Situation der Be-

troffenen. Die Autor*innen gehen der Frage nach, warum das Bild vom „übergriffigen Fremden“ so häufig und leicht geglaubt und weiterverbreitet wird. Diese Vorwürfe wurden in der Geschichte bereits vielfach taktisch eingesetzt - im Mittelalter gegen Juden sowie gegen Sinti und Roma, zur Zeit des Kolonialismus gegen Schwarze Menschen, heute eben gegen Geflüchtete. Im Internet finden Vorurteile und Lügen schnell Verbreitung, sodass sie in der pädagogischen Praxis vor Ort bearbeitet werden müssen. Anhand von Fallgeschichten geben die Autor*innen hierzu Empfehlungen, wie sinnvoll und wirksam auf Gerüchte über sexualisierte Gewalt reagiert werden kann.

Die Handreichung soll einen Beitrag leisten, die Debatte zu versachlichen und aufzuzeigen, wo ein rassistischer Diskurs zugrunde liegt.“

Die Handreichung kann unter netzwerke@amadeu-antonio-stiftung.de bestellt oder [hier](http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/das-bild-des-uebergriffigen-fremden_warum-ist-es-ein-mythos.pdf) (PDF-Dokument, 840.5 KB, URL: http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/das-bild-des-uebergriffigen-fremden_warum-ist-es-ein-mythos.pdf) heruntergeladen werden.

Webdossiers „Rassismus und Rechtsextremismus“ und „Flucht und Migration“

Das Webdossier „Rassismus und Rechtsextremismus“ der Heinrich-Böll-Stiftung umfasst Beiträge zu Rassismus und Rechtspopulismus in Deutschland sowie die Forschungsergebnisse der Fachkommission der Heinrich-Böll-Stiftung. [Link zum Webdossier „Rassismus und Rechtsextremismus“](http://www.boell.de/de/rassismus-und-rechtspopulismus). (URL: <http://www.boell.de/de/rassismus-und-rechtspopulismus>).

Das Webdossier „Flucht und Migration“ der

Heinrich-Böll-Stiftung beschreibt die Fluchtursachen, wirft einen Blick auf die Grenzen Europas, beleuchtet die Willkommenskultur in Deutschland und die Erzählungen der Mediengesellschaft. Als weitere Perspektiven werden das Logbuch der Sea-Watch und die literarischen Annäherungen der Berliner Anthologie mit einbezogen. [Link zum Webdossier „Flucht und Migration“](http://www.boell.de/de/dossier-flucht-asyi%20). (URL: <http://www.boell.de/de/dossier-flucht-asyi%20>).

Workshop „Bloß weg! ... aber wohin? Wenn ein Mensch fliehen muss.“

Die Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Niedersachsen, bietet Workshops für Schulklassen an

Der Workshop, der mindestens sechs Zeitstunden umfasst und als Projekttag veranstaltet werden kann, eignet sich für Schulklassen oder Kurse und richtet sich vorrangig an Schüler_innen ab der 8. Klasse und einem Mindestalter von 14 Jahren – steht aber auch anderen Jugendgruppen offen. Termine können gesondert vereinbart werden:

„Kriege, Vertreibung, Hunger und Armut haben Menschen schon immer gezwungen, ihr Zuhause zu verlassen. Doch seit Ende des 2. Weltkrieges waren es noch nie so viele wie heute. Allein im Jahr 2014 waren weltweit rund 60 Millionen Menschen auf der Flucht und es werden wöchentlich mehr.

Bilder von überfüllten Flüchtlingsbooten, verzweifelten Familien und Kriegsoffern erreichen uns Tag für Tag. Auf der anderen Seite sehen und lesen wir Berichte über Demonstrationen gegen Flüchtlingsunterkünfte, Brandanschläge und Ängste in unserer Bevölkerung.

Doch was die Menschen zu einer Flucht bewegt, welche Einzelschicksale sich dahinter verbergen, wird selten gefragt. Das will dieser Workshop an-

dern. Anhand von aktuellen Fakten und Zahlen wollen wir zusammen mit Euch Fluchtursachen und verschiedene Fluchtwege erarbeiten, die die Betroffenen auf sich nehmen, und darüber diskutieren. Es stellen sich daneben noch viel mehr Fragen. Was erwartet die Flüchtlinge, wenn sie ihr Ziel erreicht haben? Wie lange dürfen sie bleiben und wovon hängt das ab? Und: Wie sieht es eigentlich in Niedersachsen aus? Wie kann ich helfen? Auf all diese Fragen wollen wir gemeinsam eine Antwort finden.“

Nähere Informationen enthält der [Flyer](https://www.fes.de/niedersachsen/common/pdf/2015/11_2015_WorkshopFluechtlinge_Niedersachsen.pdf). (URL: https://www.fes.de/niedersachsen/common/pdf/2015/11_2015_WorkshopFluechtlinge_Niedersachsen.pdf).

Infos:

Friedrich-Ebert-Stiftung
Landesbüro Niedersachsen
Sophia Michaelis
Theaterstraße 3
30159 Hannover
Telefon: 05 11 / 35 77 08-36
sophia.michaelis@fes.de
www.fes.de/niedersachsen

Gewerkschaften helfen e. V. ruft in aktuellem Hilfsprojekt zu Spenden für Geflüchtete auf

Gewerkschaften helfen e. V., eine Initiative des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften widmen ihr aktuelles Hilfsprojekt geflüchteten Menschen: „Wer vor Krieg, Gewalt und Verfolgung in Deutschland Schutz sucht, braucht solidarische Unterstützung. Mit dem

Verein »Gewerkschaften helfen e.V.« wollen wir unseren Beitrag dazu leisten, Flüchtlingen den Weg in Ausbildung und Arbeit zu ebnet. Viele Jugendliche, die als minderjährige unbegleitete Flüchtlinge kommen, sind traumatisiert und brauchen sozialpädagogische oder psychologi-

sche Betreuung, bevor sie eine Ausbildung beginnen können. Aber auch bei der Berufsorientierung ist Unterstützung notwendig. Für diese lokalen Mentoren-Dienste stehen bislang keine oder nicht ausreichende öffentliche Mittel zur Verfügung. Zudem helfen wir bei der Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen und Qualifikationen. Zeugnisse oder Diplome sind häufig nicht vorhanden oder auf der Flucht verloren gegangen. Die Kosten für die (Wieder-)Beschaffung sowie für Anerkennungsverfahren müssen die Betroffenen oftmals selbst tragen. Wir unter-

stützen in Kooperation mit regionalen Beratungsstellen und anderen Institutionen.“

Nähere Informationen sind auf der [Website des Vereins](#) aufrufbar.

Infos:

Jens Martens

Hans-Böckler-Straße 39

40476 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 43 01-3 33

Fax: 02 11 / 43 01-5 00

gewerkschaften-helfen@dgb-bildungswerk.de

www.gewerkschaften-helfen.de/

„Wie schaffen wir das?‘ Zivilgesellschaftliches Engagement nach Köln zwischen Willkommenskultur und fremdenfeindlichen Übergriffen“

Freitag, 15.04.2016, 13 Uhr bis Samstag, 16.04.2016, 14 Uhr, Maternushaus in Köln

Das Jahr 2015 war geprägt von einer rasant steigenden Zahl von Geflüchteten, die in Deutschland Schutz suchen, und einer Vielzahl von Aktivitäten unterschiedlichster Akteure, um Willkommenskultur vor Ort zu gestalten. Auf der anderen Seite wurden fremdenfeindliche Ressentiments und Vorurteile vermehrt sichtbar und wir erleben aktuell weiterhin einen deutlichen Anstieg von fremdenfeindlichen Übergriffen im gesamten Bundesgebiet.

Die Ereignisse der Silvesternacht in Köln und weiteren Großstädten markieren eine Zäsur in der öffentlichen Debatte über Flucht und gelingende Integration. Welche Auswirkungen üben die gewalttätigen Vorfälle aber auf das zivilgesellschaftliche Engagement aus? Nimmt die Unterstützung bei und für die Engagierten ab, treten neue bzw. andere Fragestellungen bzw. Herausforderungen auf? Wie können Engagierte in den unterschiedlichen Bereichen diesen neuen Fragestellungen und Herausforderungen erfolgreich begegnen?

Die Veranstaltung soll neben einer Bestandsaufnahme des aktuellen zivilgesellschaftlichen Engagements in Willkommensinitiativen, in der Arbeit gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sowie verwandten Bereichen auch Perspektiven für eine weitere Verknüpfung der Aktivitäten vor Ort öffnen. Im Rahmen von

Weltcafés und Werkstätten bietet die Veranstaltung eine Plattform für alle Teilnehmenden, um sich mit verschiedenen Impulsgebern des zivilgesellschaftlichen Engagements austauschen zu können.

Die Veranstaltung richtet sich an ehrenamtlich Engagierte in Initiativen, Projekten, Bündnissen und Vereinen, sowie Aktive aus weiteren Bereichen, daneben Vertreter/-innen aus Verbänden, Stiftungen, Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Die Möglichkeit zur Anmeldung zur Veranstaltung sowie der detaillierte Programmablauf sind ab dem 04.03.2016 auf unserer Homepage unter www.buendnis-toleranz.de verfügbar. Teilnahme und Verpflegung sind kostenlos.

Infos:

Bundeszentrale für politische Bildung

Geschäftsstelle des Bündnisses für Demokratie und Toleranz

Alexandra Conrads

Themenbereiche Gewaltprävention, Extremismus und Antisemitismus

Friedrichstraße 50

10117 Berlin

Tel: 0 30 / 25 45 04-4 77

Fax: 0 30 / 25 45 04-4 78

alexandra.conrads@bpb.bund.de

www.buendnis-toleranz.de

www.bpb.de

Veranstaltungsreihe in Hannover im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus: „»WILLKOMMEN!?!« MIGRATION IST ÄLTER ALS DEUTSCHLAND“

Im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus 2016 finden in Hannover zwischen dem 4. und dem 18. März unter dem Motto „»WILLKOMMEN!?!« MIGRATION IST ÄLTER ALS DEUTSCHLAND“ vielfältige Veranstaltungen wie Lesungen, Diskussionen, Filmabende, Workshops, Infotage, Vorträge und Netzwerktreffen statt. Details enthält der [Flyer zur Veranstaltungsreihe](http://www.fes.de/niedersachsen/common/pdf/2016/03_Int_WochenggRassismus_Hannover.pdf). (URL: http://www.fes.de/niedersachsen/common/pdf/2016/03_Int_WochenggRassismus_Hannover.pdf).

Infos:
Franziska Schröter
Friedrich-Ebert-Stiftung
Landesbüro Niedersachsen
Theaterstrasse 3
30159 Hannover
Tel: 05 11 / 35 77 08-30
Fax: 05 11 / 35 77 08-40
niedersachsen@fes.de
www.fes.de/niedersachsen/

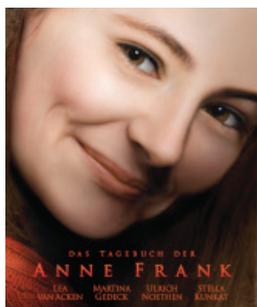
„flucht.punkt“: Bildungsstätte Anne Frank schreibt Plakatwettbewerb aus

Nach dem großen Erfolg des Kunstwettbewerbs „ANNE FRANK HEUTE“ und des Plakatwettbewerbs „Mensch, du hast Recht(e)!“ möchte die Bildungsstätte Anne Frank auch in diesem Jahr wieder Jugendliche und junge Erwachsene aus ganz Deutschland dazu motivieren, sich auf kreative Weise mit gesellschaftspolitischen Fragen auseinanderzusetzen. Diesmal geht es um ein aktuelles und brisantes Thema: Die Teilnehmer_innen dürfen ein Plakat für eine Kampagne entwerfen, in der es um die Rechte von Geflüchteten gehen soll. Auch in diesem Jahr gibt es wieder spannende Preise zu gewinnen. Eine unabhängige Fachjury, die u. a. mit der Künstlerin Parastou Forouhar, dem Geschäftsführer von Pro Asyl und der Fußballerin Celia Celia Šašić prominent be-

setzt ist, wird die besten Plakate prämiert. Eine Auswahl der Plakate werden von Juni bis September als eigene Ausstellung in der Bildungsstätte Anne Frank präsentiert. Weitere Infos und Teilnahmebedingungen sind [hier](#) einsehbar. Fragen zur Ausschreibung beantwortet Frau Ricarda Wawra von der Bildungsstätte Anna Frank.

Infos:
Bildungsstätte Anne Frank
Ricarda Wawra
Hansaallee 150
60320 Frankfurt am Main
Tel: 0 69 / 5 60 00-2 33
rwawra@bs-anne-frank.de
www.bs-anne-frank.de

Neuverfilmung „DAS TAGEBUCH DER ANNE FRANK“: Ideen und Materialien für den Unterricht



Im Nachgang zu unserer Ankündigung der Neuverfilmung „Das Tagebuch der Anne Frank“ (Kinostart 3. März) in unserer Infomail stellen wir an dieser Stelle einige Zusatzinformationen zum Film bereit: Einen Eindruck vom Film vermittelt der Trailer auf [Youtube](#).

Eine Plattform für Austausch bietet die [Facebook-Seite](#) (URL: [https://www.facebook.com/tage-](https://www.facebook.com/tagebuch)

[buch](#)).

Informationen zum Film sind auf der [Website](#) (URL: <http://movies.universal-pictures-international-germany.de/tagebuch/>) zu finden.

Wer auf der Suche nach Ideen zu Buch und Film für den Unterricht oder zu Impulsmaterialien und interaktiven Arbeitsblättern ist, wird auf der [Seite von Stiftung Lesen zum pädagogischen Begleitmaterial](#) (URL: <http://www.stiftunglesen.de/programmereich/schule/sekundarstufe/tagebuch>) fündig.

LSBTTI*-Flüchtlinge: Handreichung für Betreuung und Unterstützung erschienen

Die Betreuung von besonders schutzbedürftigen Geflüchteten stellt in der Flüchtlingshilfe eine besondere Herausforderung dar. Auch Flüchtlinge mit LSBTTI*-Hintergrund sind, wie etwa Schwangere, Menschen mit Behinderung, Opfer des Menschenhandels und unbegleitete Minderjährige, als besonders vulnerable Flüchtlinge anzusehen. Zur Unterstützung von Geflüchteten mit LSBTTI*-Identität in Flüchtlingsunterkünften in NRW liegen derzeit leider kaum praxisnahe Empfehlungen und Hintergrundinformationen vor.

Diese Lücke schließt eine aktuelle Handreichung, die sich gezielt an in Flüchtlingshilfeeinrichtungen aktive haupt- und ehrenamtlich Mitarbeitende in Nordrhein-Westfalen richtet. Herausgegeben wurde die Publikation vom Arbeiter-Samariter-Bund NRW in Kooperation mit dem Lesben- und Schwulenverband (LSVD), der Hirschfeld-Eddy-Stiftung sowie mit Unterstützung des Paritätischen NRW. Die 20-seitige Broschüre gibt in übersichtlicher Form eine Einführung in das Thema, wichtige

Handlungsempfehlungen und nennt mit LSBTTI*-Thematik befasste Beratungsstellen in NRW. Zudem werden grundlegende Informationen zu Asylrechtsfragen bei Menschen mit LSBTTI*-Hintergrund gegeben.

Die Broschüre wurde vom Arbeiter-Samariter-Bund NRW in Kooperation mit dem Lesben- und Schwulenverband in Deutschland, der Hirschfeld-Eddy-Stiftung sowie mit Unterstützung des Paritätischen NRW erstellt und kann [hier](http://lsvd.de/fileadmin/pics/Dokumente/Asyl/handreicherung-lsbtti-fluechtlinge.pdf) heruntergeladen werden. (URL: <http://lsvd.de/fileadmin/pics/Dokumente/Asyl/handreicherung-lsbtti-fluechtlinge.pdf>)

Infos:

Arbeiter-Samariter-Bund NRW e. V.
Kaiser-Wilhelm-Ring 50
50672 Köln
Tel: 02 21 / 94 97 07-0
presse@asb-nrw.de
www.asbnrw.de

„Hand in Hand gegen Rassismus - für Menschenrechte und Vielfalt“ Breites Bündnis ruft im ganzen Land zu dezentralen Aktionen am 19. März 2016 auf

Ein breites Bündnis ruft Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen für den 19. März dazu auf, ein Zeichen gegen Rassismus in Deutschland zu setzen. Der dezentrale Aktionstag ist auch ein Auftakt für die bundesweiten Menschenketten, die am 19. Juni in Berlin, München, Stuttgart, Leipzig, Hamburg und anderen Orten stattfinden werden:

„In Deutschland brennen Häuser. Rassist*innen bedrohen Menschen auf offener Straße Tag für Tag. Sie nutzen die Angst vor Anschlägen wie in Paris, um ausgerechnet Flüchtlinge zu attackieren, die selbst vor solchem Terror fliehen. Sie hetzen gegen Muslime und Juden, Menschen anderer Herkunft, Lesben, Schwule, Transgender und

gegen Andersdenkende. Und während sich Europa nach außen abschottet, breiten sich rassistische Vorurteile in der Mitte der Gesellschaft aus. Sie sollen spalten doch das darf nicht gelingen. [...]

Am 19. März werden wir gemeinsam durch kreative Aktionen unsere Stimme erheben, für eine tolerante Gesellschaft gegen Rassismus und Hass. Die Aktionen können vielfältig sein, ob Flashmobs, Info-Stand oder Kundgebung, Mahnwachen oder bunte Schilder.“

Aktionsmaterial und ein Aktionsleitfaden können auf der [Website der Kampagne](http://www.hand-in-hand-gegen-rassismus.de/home/) bestellt werden. (URL: <http://www.hand-in-hand-gegen-rassismus.de/home/>)

Trägerkreis:



Seminare und Tagungen**Fortbildungsreihe „Breit aufgestellt! Fortbildung zur Prävention von Ungleichwertigkeitsvorstellungen“**

Termin: 4. März bis 6. November 2016

Ort: Hamburg

Infos:

Arbeit und Leben Hamburg

Besenbinderhof 60

20097 Hamburg

Tel: 0 40 / 28 40 16-11

office@hamburg.arbeitundleben.dewww.hamburg.arbeitundleben.dewww.bpb.de**Fachtag für Lehrkräfte/Multiplikator_innen: Wissen ist geMACHT - Wie Rassismus aus Schulbüchern spricht.**

Termin: 4. März, 14-19 Uhr

Ort: München

Infos:

Arbeitskreis Panafrikanismus e.V.

Augsburger Str. 13

80337 München

sekretariat@panafrikanismusforum.netwww.panafrikanismusforum.net**Workshop: „Ein Workshop! Rechtsextremismus im Netz“**

Termin: 11. März

Ort: Altenkirchen

Infos:

Evangelische Landjugendakademie

Dieperzbergweg 13-17

57610 Altenkirchen

Tel: 0 26 81 / 95 16 25

info@lja.dewww.lja.de**Tagung „Bevor Angst die Seele aufisst - Über Bedrohungen und friedenspolitische Alternativen in unserer krisenhaften Zeit“**

Termin: 11.-13. März 2016

Ort: Magdeburg

Infos:

Bund für Soziale Verteidigung e. V.

Schwarzer Weg 8

32423 Minden

Tel: 05 71 / 2 94 56

info@soziale-verteidigung.dewww.soziale-verteidigung.de**Symposium: „Das Wohnen lernen? - Symposium zur Unterbringungspraxis von Geflüchteten und Wege zum selbstbestimmten Wohnen“**

Termin: 12. März 2016

Ort: Leipzig

Infos:

Anja Bierig

Bautzner Str. 45

01099 Dresden

buero@kulturbuero-sachsen.dewww.kulturbuero-sachsen.de**Weiterbildung/Zusatzausbildung „Mediation BM mit Schwerpunkt Diversity-Konflikte“**

Termin: April 2016 | Juni 2017

Ort: Gauting

Infos:

Institut für Jugendarbeit Gauting

Germeringer Straße 30

82131 Gauting

Tel: 0 89 / 89 32 33-0

Fax: 0 89 / 89 32 33-33

info@institutgauting.dewww.institutgauting.de

**Seminar: Herzlich willkommen! Und dann?
Jugendarbeit mit jugendlichen Flüchtlingen**

Termin: 4.-6. April 2016

Ort: Gauting

Infos:

Institut für Jugendarbeit des Bayerischen Jugendrings KdöR

Germeringer Str.30

82131 Gauting

Tel.: 0 89 / 89 32 33-0

Telefax: 089 / 89 32 33-77

info@institutgauting.dewww.institutgauting.de**Kurs „Traumasensibles Arbeiten im pädagogischen Alltag und mit geflüchteten Menschen“**

Termin: 21.-22. April 2016, 9-17 Uhr

Ort: Halle/Saale

Infos:

Friedenskreis Halle e.V.

Große Klausstr. 11

06108 Halle (Saale)

Tel: 03 45 / 27 98 07-10

Fax: 03 45 / 27 98 07-11

info@friedenskreis-halle.dewww.friedenskreis-halle.de**Kongress „Wut, Protest und Volkes Wille? Populismus, politische Kultur und politische Bildung“**

Termin: 25.-26. April 2016

Ort: Kassel

Info:

Bundeszentrale für politische Bildung

Hanne Wurzel

Leiterin Fachbereich Extremismus

Adenauerallee 86

53113 Bonn

hanne.wurzel@bpb.bund.dewww.bpb.de**Symposium „Erzählen in Zeiten kultureller Vielfalt - Konzepte, Modelle, Utopien“**

Termin: 2.-4. Mai 2016

Ort: Remscheid

Akademie Remscheid für Kulturelle Bildung e. V.

Torsten Laaser

Küppelstein 34

42857 Remscheid

Tel: 0 21 91 / 7 94-2 64 + 2 63

knecht@akademieremscheid.dejentgens@akademieremscheid.dewww.akademieremscheid.de**Tagung „Arbeitsmarktzugang für Flüchtlinge - Patentrezepte zur Integration und Linderung des Fachkräftemangels?“**

Termin: 2.-4. Mai 2016

Ort: Rehburg-Loccum

Infos:

Evangelische Akademie Loccum

Münchehäger Straße 6

31547 Rehburg-Loccum

Tel: 0 57 66 / 81-0

Fax: 0 57 66 / 81-9 00

albert.drews@evlka.dewww.loccum.de**Tagung „Migration und Inklusion - Bildung wirksam gestalten - Entwickelte Formate der Lehrerfort- und -weiterbildung“**

Termin: 9.-11. Mai 2016

Ort: Rehburg-Loccum

Infos:

Evangelische Akademie Loccum

Münchehäger Straße 6

31547 Rehburg-Loccum

Tel: 0 57 66 / 81-0

Fax: 0 57 66 / 81-9 00

andrea.grimm@evlka.dewww.loccum.de

Seminar „Lebenssituation von Heranwachsenden in Migration und Flucht“

Termin: 25.-26. Mai 2016

Ort: Hannover

Infos:

Stephansstift
Zentrum für Erwachsenenbildung
gemeinnützige GmbH
Hotel und Tagungshaus
Kirchröder Straße 44
30625 Hannover
Tel: 05 11 / 53 53-6 09
seminare@zeb.stephansstift.de
www.stephansstift.de

Zusatzausbildung „Prävention Berater|in gegen Rechtsextremismus - Geschlechterbilder im Neonazismus“

Termin: Juni 2016 | Januar 2017

Ort: Gauting

Infos:

Institut für Jugendarbeit des Bayerischen Jugendrings KdöR
Germeringer Str.30
82131 Gauting
Tel.: 0 89 / 89 32 33-0
Telefax: 089 / 89 32 33-77
info@institutgauting.de
www.institutgauting.de

Fachtag „Gemeinsam wachsen. Jugendverbände gestalten Vielfalt“

Termin: 13. Juni 2016, 14:30-21 Uhr

Ort: Berlin

Infos:

Landesjugendring Berlin e. V.
Jaqueline Kauka
Projektreferentin „Partizipation - Bildung - Integration“
Obentrautstr. 57
10963 Berlin
Tel: 0 30 / 81 88 61 02
Fax: 0 30 / 2 11 66 87

kauka@ljrberlin.dewww.ljrberlin.de**Seminar „Kommunikation mit Eltern von Flüchtlingskindern“**

Termin: 15. Juni 2016, 9-16 Uhr

Ort: Hannover

Infos:

Stephansstift
Zentrum für Erwachsenenbildung
gemeinnützige GmbH
Hotel und Tagungshaus
Kirchröder Straße 44
30625 Hannover
Tel: 05 11 / 53 53-6 09
seminare@zeb.stephansstift.de
www.stephansstift.de

Weiterbildung „DiKuBi - Diversitätsbewusste interkulturelle Bildung“

Termine: 6.-10. Juli, 26.-30. September, 28. November bis 1. Dezember 2016

Ort: Remscheid

Akademie Remscheid für Kulturelle Bildung e. V.
Torsten Laaser
Küppelstein 34
42857 Remscheid
Tel: 0 21 91 / 7 94-2 55
Fax: 0 21 91 / 7 94-2 05
laaser@akademieremscheid.de
www.akademieremscheid.de

Die IDA-Infomail erscheint mehrmals jährlich und wird herausgegeben vom

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e. V. (IDA)

Volmerswerther Str. 20

40221 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 15 92 55-5

Fax: 02 11 / 15 92 55-69

Info@IDAeV.de

www.IDAeV.de

Redaktion: Meltem Büyükmavi

V.i.S.d.P.: Ansgar Drücker

Informationen ohne Quellenangabe sind unterschiedlichen Mitglieds- oder Verbandszeitschriften, Websites sowie Pressemeldungen entnommen. IDA e. V. ist anerkannt als gemeinnütziger Verein durch das Finanzamt Düsseldorf-Süd, Steuer-Nummer: 106/5748/1122, als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 KJHG, als Träger der politischen Erwachsenenbildung und wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

ISSN 1611-8952